

NACHRICHTEN

Der Kampf um den Hambacher Wald ist noch nicht vorbei: Aktivist*innen markieren eine rote Linie.

3

BEWEGUNG

Die Zapatist*innen kommen: John Holloway zur Delegationsreise der indigenen Bewegung aus Mexiko.

6

THEORIE

Von der emanzipatorischen Vision zur Kontroll-Dystopie: Menschenrechte im Internet.

8

KUNST&KULTUR

Wie ergeht es freischaffenden Künstler*innen in der Corona-Krise? Ein Lagebericht.

14

SCHWERPUNKT

FAU - Mehr als nur Gewerkschaft

Kann eine Gewerkschaft als basisdemokratische Organisation ohne bezahlte Funktionäre in der Bundesrepublik funktionieren? Diese Frage versucht die anarchosyndikalistische FAU (Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union) seit Jahrzehnten positiv zu beantworten. In den letzten Jahren konnten zunehmend erfolgreiche Kämpfe geführt und Mitglieder gewonnen werden.



▲ So wächst »die neue Gesellschaft in der Schale der Alten« heran. (aus den Prinzipien der FAU Berlin)

Grafik: Findus

CHRISTIAN HORN, MEININGEN

Wieder mal war es für migrantische Beschäftigte eine verzweifelte Lage. Nach der Insolvenz eines Spargelbetriebes drohten zumeist rumänische Erntearbeiter nach harter Arbeit leer auszugehen. Doch irgendwie bekamen Aktivist*innen der Gewerkschaft FAU Wind von der Sache und so regte sich organisierter Widerstand im Mai letzten Jahres. Wie schon bei dem Bau des großen Berliner Einkaufszentrum (spöttisch genannt Mall-of-Shame) konnten die FAUist*innen die skandalösen Arbeitsbedingungen ans Licht der Öffentlichkeit zerren. Dieses Mal scheint die Auseinandersetzung glücklicher für die Betroffenen auszugehen. Für die etwa 100 Beschäftigten konnten um die 100.000 Euro erstritten werden.

Es ist eine Stärke der kleinen aber kämpferischen Organisation, diese Feuerwehrekämpfe energisch zu führen. Aktuell geht es bei der Buchhandlungskette Walther König für gekündigte Werkstudierende um ausstehende Entgelte und Einhaltung von Arbeitsrechten. Natürlich könnten sich die Akteure auf juristische Auseinandersetzung begrenzen. Aber es ist ein grundlegendes Anliegen der Gewerkschaft solche systematischen prekären Zustände durch Aktionen zu politisieren.

Die Gewerkschaftslandschaft in der Bundesrepublik wird dominiert von den Einzelorganisationen des DGB. Sie haben einen großen Funktionärsapparat und bieten ihren Mitgliedern oftmals ein ausgedehntes Servicepaket an. Die Tarifrunden werden meistens nur mit Warnstreiks begleitet. In der Regel sind die Ergebnisse am Verhandlungstisch ohne große Konflikte, abgesehen von rhetorischen Gefechten, auf sozialpartnerschaftliche Weise schnell entschieden. Für die gut organisierten Kernbelegschaften insbesondere in den großen Konzernen lassen sich auch ganz ordentliche Bedingungen herausholen. Dennoch mussten auch hier immer mehr Zugeständnisse gegenüber der Kapitaleite

abgetreten werden. Nicht selten agieren die Betriebsratsvorsitzenden als Art Co-Manager und wechseln schon mal die Seiten, wie aktuell bei VW in den Personalvorstand. Der Kapitalismus, die herrschende Wirtschaftsordnung, wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Wenn es den eigenen Interessen dient, wird oft beim Abbau von fossilen Energieträgern und der Rüstungsgüter gebremst.

Der Anarchosyndikalismus, den die FAU vertritt, entwickelte sich als Gegenkonzept zu den Zentralgewerkschaften mit sozialdemokratischer Prägung. Die Beschäftigten sollten nicht nur ermächtigt werden, ihre eigene Gewerkschaft selbst zu organisieren, sondern auch die Gesellschaft selbst zu verwalten und die Betriebe in Eigenregie zu übernehmen. Der Kapitalismus soll dabei ohne staatliche Gewalt überwunden werden. Sozialdemokratische und andere linke Parteien haben immer wieder gezeigt, dass durch reine Regierungsübernahme noch nichts gewonnen ist. Es musste immer eine breite soziale sowie emanzipatorische Bewegung in der Gesellschaft vorhanden sein, um Errungenschaften nachhaltig durchzusetzen.

Seit 44 Jahren befindet sich die FAU nun schon in der Aufbauarbeit, um an historische Vorbilder anzuknüpfen. Um 1920 konnte mit über 150.000 Mitgliedern von einer Massenorganisation gesprochen werden. Im Spanischen Bürgerkrieg war die anarchosyndikalistische CNT mit über einer Million Mitgliedern die soziale Kraft und konnte für kurze Zeit eine Agenda der Selbstorganisation in Wirtschaft und Kultur umsetzen. Doch nach herben und blutigen Niederlagen ist die Bewegung marginalisiert worden. Lange Zeit dümpelte die 1977 gegründete FAU etwas vor sich hin. Doch seit gut zehn Jahren konnte sich die Organisation in einem unsicher gewordenen Arbeitsmarkt durch ihr resolutes Vorgehen in ihren Hochburgen, allen voran in Berlin, zu einer florierenden Basisgewerkschaft entwickeln.

NETZAKTIVISTEN KRITISIEREN DIGITALEN IMPFPASS

Drohen Zwei-Klassengesellschaft und Überwachung?

Der »grüne Pass«, der Geimpften, Genesenen und Getesteten die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen soll, wirft viele Fragen auf.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Nachdem am 28. April 2021 das Europäische Parlament seine Position zum Covid-Pass beschlossen hatte, haben am 24. Mai Kommission und Rat sich endgültig auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Der grüne Pass soll Reisen innerhalb der EU wieder

ermöglichen, indem Zertifikate für Testergebnisse, überstandene Coronarkrankungen oder Impfungen erstellt und geprüft werden können. Netzpolitische Organisationen haben die Entwürfe analysiert und kritisieren, dass dieses vorgeschlagene System das Potenzial hat, Ungleichheiten zu verschärfen und die Inhaber*innen der Zertifikate weitreichender Überwachung aussetzen zu können.

Solange nicht alle Menschen geimpft werden können, werden Testergebnisse als Alternative gelten. Das Parlament

hat vorgeschlagen, die Mitgliedsstaaten zu verpflichten, die Verfügbarkeit von gratis Antigentests zu garantieren, damit sozio-ökonomisch schwächer gestellte Gruppen nicht von vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen werden. Dieser Vorschlag wurde vom Rat der EU nicht aufgenommen. Außerdem fordert epicenter.works (siehe Seite 8), dass der Covid-Pass sowohl in Papier- als auch in digitalem Format verfügbar sein muss, damit Menschen ohne Smartphone oder Personen, die ihr

Handy dafür nicht verwenden möchten, nicht ausgeschlossen werden. Ob das möglich sein wird, war zu Redaktionsschluss noch nicht klar.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt ist die Technik hinter dem Zertifikat und die Gefahr, dass umfangreiche Datensammlungen über Menschen angelegt werden. Wenn manche Staaten, wie etwa Dänemark, Österreich oder Ungarn bereits angekündigt haben, dieses System auch für die Eintrittstests zu Gastronomie, Religionsstätten oder Sportanlagen nutzen zu wollen,

könnten umfangreiche Bewegungsprofile erstellt werden. Damit das nicht geschieht, ist es notwendig, dass das Zertifikat auch offline überprüft werden kann. Bei der Umsetzung in den einzelnen Ländern ist also weiterhin Aufmerksamkeit notwendig, sowohl was die Zugänglichkeit als auch den Datenschutz betrifft.

Die vollständigen Stellungnahmen von netzpolitik.org und epicenter.works finden sich hier: <https://cutt.ly/YbMraix> <https://cutt.ly/JnreUdF>

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
ROTE LINIE-AKTION AM HAMBACHER WALD

PROJEKTE SEITE 4
STADTGESTALTEN, LÜBECK
NETZWERK SELBSTHILFE

PROJEKTE SEITE 5
BILDER AUS DEM DANNENRÖDER WALD
DIE REISE DER ZAPATISTAS ORGANISIEREN

BEWEGUNG SEITE 6
JOHN HOLLOWAY ÜBER DIE REISE DER ZAPATISTAS

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
GEMEINSCHAFTSPROJEKT LEBENSBOGEN
REZENSION »DER GEMEINSCHAFTSKOMPASS«

THEORIE SEITE 8
UMKÄMPFTE MENSCHENRECHTE IM INTERNET

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

SCHWERPUNKT SEITE 9
AKTION VOR FUNKTION: ORGANIZING IN DER FAU

SEITE 10
KOLLEKTIVWIRTSCHAFT UND GEWERKSCHAFT

SEITE 11
DAS INTERNATIONALE KOMITEE DER FAU

SEITE 12
DIE SCHWARZ-ROTEN BERGSTEIGER*INNEN
REZENSION »RIDERS UNITE!«

BIOTONNE SEITE 13
AUSSTELLUNG UND BUCH: BODEN FÜR ALLE

KUNST & KULTUR SEITE 14
KÜNSTLER*INNEN IN ZEITEN VON CORONA
REZENSION »SECHS TAGE IM HERBST«

REZENSIONEN SEITE 15
GEMEINSAM FÜR DIE ZUKUNFT
GESCHICHTE DER HOMOSEXUALITÄTEN
CORONA - DER UNSICHTBARE FEIND
EMANZIPATORISCHE BILDUNG
100 JAHRE WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

TERMINE, KLEINANZEIGEN SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

NORMALISMUS

VON ULI FRANK

Neulich schickte mir jemand zur Unterstützung seiner vom Mainstream abweichenden Meinung die öffentliche Äußerung eines Richters. EINES Richters. Ich recherchierte im Internet: In Deutschland gibt es zurzeit ca. 20.000 aktive Richter. Wenn jemand also zwei davon findet, die die eigene Meinung unterstützen, dann kommen auf jeden von ihnen noch 10.000 andere, die wahrscheinlich anderer Meinung sind oder sich nicht äußern.

Normalisten wundert das nicht: Nachdem der Mathematiker Gauß Anfang des 19. Jahrhunderts mit seiner Glockenkurve die Normalverteilung populär machte, sind Abweichungen links und rechts normal. Sie werden statistisch als Ausreißer neutralisiert. Wer sich auf einzelne Meinungsäußerungen beziehen möchte, tut gut daran, sich auf die ungläubliche Wucht der Normalität und Durchschnittlichkeit des Restes der Welt zu besinnen.

Schon 1996 veröffentlichte Jürgen Link einen großen »Versuch über den Normalismus«. Normalismus ist nicht mit Normativität zu verwechseln. Normen gibt und gab es in allen Gesellschaftsformationen – wahrscheinlich viel strenger als heute; aber Normalität als statistische Häufigkeit und Referenzgröße für politische Entscheidungen und gesellschaftliche Konzepte erst in der Neuzeit.

In der Ausnahme-Situation von Corona hat Sehnsucht nach Normalität gerade Hochkonjunktur. Für viele geht es darum, so schnell wie möglich zum alten Zustand zurückzukehren – also so zu leben, wie es vor der Pandemie der Fall war. Andere gehen davon aus, dass die alte Normalität niemals zurückkehren wird, sondern

dass die restriktiven Maßnahmen so viel Erschütterung ausgelöst haben, dass eine neue Normalität erforderlich wird. Eine Normaltemperatur lässt sich thermostatisch regeln. Normalverdiener*innen sind solche, die das bekommen, was alle anderen mit derselben Qualifikation auch verdienen. Normalität ist also keine qualitative Aussage. Und der Slogan »Zurück zur Normalität!« ist eigentlich der Tiefpunkt der Fantasielosigkeit und politischen Kapitulation.

Viele »Querdenker« befürchten eine »neue Weltordnung« im negativen Sinn – ich finde, dass wir diese mit dem Kapitalismus schon haben und wünsche mir eine bessere. Aber leider ist eine grundlegende Systemkritik für das normale Empfinden anscheinend unüberwindlich negativ konnotiert.

Gerhard Schröder soll als Kanzler gesagt haben: »Wer Utopien hat, soll zum Psychiater gehen!« Das heißt: Der Utopist fällt aus der psychischen Normalität – er leidet unter einer Störung.

Auf technischem Gebiet werden Kontinuitätsbrüche jederzeit erwartet im Vertrauen auf die Kreativität und Aktivität der Menschen. Aber was können wir für eine neue gesellschaftliche Normalität tun, ohne uns von der suggestiven Übermacht der Normalitätsglocke und von statistischen Durchschnittszahlen lähmen zu lassen?

Bleibt wohl nur die mühsame intellektuelle Auseinandersetzung, der Versuch, die Normalitätskurve durch inhaltliche Argumentation zu verschieben. Dieses Projekt kann sich nur auf eine qualifizierte Gesellschaftsanalyse und Kapitalismus-Kritik stützen und muss Zukunftsmodelle anbieten, die Lust darauf machen.

contrastE abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt.
(Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2021

Das Prinzip Pustebume

Liebe Leser*innen,

es ist beeindruckend. Gleich 45 Schnupperabos hat Gottfried Tonhauser-Kausch in den letzten Monaten verschenkt. Vielen Dank. Ich fragte nach, wie es zum »Prinzip Pustebume« kam, wie er es nannte. Gottfried meinte, dass er normalerweise etwas spenden würde, wenn er eine Sache gut fände. Dies habe er auch bei der CONTRASTE gemacht. Dann sei ihm die Idee gekommen, dass er in seinem Leben nun schon einige Leute kennengelernt hätte, die möglicherweise ein CONTRASTE-Probeabo gut finden würden. Dann habe er Monat für Monat losgelegt.

Zu unserer Zeitung für Selbstorganisation schreibt Gottfried: »Ich habe mich in meiner Studienzeit (siehe tonhauser-kaus.de) mit

dem Einfluss der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf unsere Alltagskultur auseinandergesetzt, welche psychischen Veränderungen bei Menschen dadurch entstehen bis hin zu psychischen Störungen. Meine Idee war damals, so eine Art antikapitalistische solidarische Psychotherapie zu entwickeln. Es kamen dann aber andere Ideen und Aktivitäten, die ich verfolgt habe. Jetzt habe ich diesen Faden von damals ein wenig wieder aufgenommen; ich bin zum Beispiel seit kurzem ehrenamtlicher gesetzlicher Betreuer. Ich finde, dass die Bewegungen, über die CONTRASTE berichtet, zur »seelischen Gesundheit« einen Beitrag leisten. Wenn man so will: Gegen »Angst im Kapitalismus« (ein bekanntes Buch von Dieter Duhm aus den siebziger Jahren), Einsamkeit und Sinnlosigkeitsgefühl

le ist CONTRASTE die Packungsbeilage, wie Selbsthilfe aussehen könnte ...«.

So können wir wieder viele Schnupperabos vermelden, nämlich 17. Neue Abos waren es gleich sieben und eine Fördermitgliedschaft. Vier davon nutzten die Mai-Aktion, um für 33 Euro zu abonnieren (Stand Mitte Mai). Abo-Kündigungen waren es vier. Zwei Fördermitgliedschaften wurden nicht mehr verlängert. Darunter auch der »Ulenspiegel Druck«, der seinen Betrieb einstellen musste. Dessen Unterstützung betrug jährlich 256 Euro. Drei Spendenbeträge erreichten uns in Höhe von 98 Euro.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contrastE.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

B.L.	60,00
L.C+M.L.	8,00
P.S.	30,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 3 UND 6 EXTERN FINANZIERT.

Spendenticker »Aktion 2021«

80,09 % finanziert 6.407,22 Euro Spenden 1.592,78 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **1.592,78 Euro**

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

ROTE LINIE-AKTION AM TAGEBAU HAMBACH

Es bleibt wichtig, Widerstand zu leisten

Mehr als 750 Menschen protestierten am 9. Mai 2021 gegen die endgültige Vernichtung des Hambacher Waldes und des Dorfes Manheim. »Der Hambach ist doch gerettet. Der Braunkohle-Tagebau Hambach wird doch bald beendet.« Das ist oft zu hören – doch die Realität sieht anders aus.

EMILIO ALFRED WEINBERG, KÖLN

RWE hat schon angefangen, mit nur ca. 50 Meter Abstand um den Hambacher Wald herum zu baggern, nicht für die Braunkohle, sondern für die Gewinnung von Sand, Kies bzw. Abraum für die Abflachung der Grubenböschungen. RWE hatte während der (Pseudo-) Beteiligungsverfahren zur Leitentscheidung einen neuen Hauptbetriebsplan für den Tagebau Hambach beantragt. Statt die um den Wald herum notwendige Schutz- und Pufferzone von mindestens 500 Metern einzurichten, haben Armin Laschet und die nordrhein-westfälische Landesregierung RWE still und heimlich Ende 2020 den Hauptbetriebsplan für 2021 bis 2024 genehmigt. Die nun genehmigte Schaffung der sogenannten »Manheimer Bucht« würde letztlich die endgültige Vernichtung des Hambach, des Dorfes Manheim und der sich dort befindlichen wertvollen Ackerflächen bedeuten.

Auch wenn nicht mehr gerodet wird, sterben dennoch Bäume im Hambach. Der Rest des Hambacher Waldes vertrocknet zunehmend. Der Trockenstress aufgrund der Klima-Katastrophe, die im Sommer aufsteigende Hitze aus dem Tagebau und die Grundwasserabsenkung stellen für die Bäume im Hambach eine tödliche Gefahr dar. Wenn noch mehr Wasser der ehemaligen Feuchtbiotope im Wald in den viel zu nahen Tagebau abfließt, ist es bald zu spät für den Hambach. Die weiterexistierende Waldbesetzung im Hambach ist deshalb der

notwendige permanente Widerstand. Die Situation in Morschenich, dem anderen Dorf, das für die Braunkohle ursprünglich weichen sollte, ist ebenfalls sehr kritisch. Aktivist*innen versuchen mit verbliebenen bzw. rückkehrwilligen Bewohner*innen den Ort wieder in selbstorganisierter Weise aufleben zu lassen. »Von oben« ist aber anderes beabsichtigt: Ein Muster-Zukunftsorrt für finanzkräftige Firmen und Start-up-Unternehmen stellt sich der zuständige Bürgermeister vor.

An diesem Sonntag im Mai, an dem auch »Sieben Jahre Waldspaziergänge mit Michael Zobel, Eva Töller, Antje Grothus und Todde Kemmerich« gefeiert wurden, hatten sich viele Menschen in schwungvoller Stimmung des in den letzten zehn Jahren gebildeten Mosaik-Widerstands gegen RWE im Rheinischen Braunkohlerevier zusammengefunden. Unter anderem waren Engagierte von »Kirchen im Dorf lassen«, »Alle Dörfer bleiben«, Aktivist*innen von »Lützi lebt« aus Lützerath und »Unser Aller Wald« in Keyenberg aus der Region um den Garzweiler Tagebau gekommen. Aus Aachen Menschen von »Hambi-Support« und der »Initiative 3 Rosen e.V.«, aus Köln und Düsseldorf Aktive von Attac, Extinction Rebellion, »Aufbäumen« und Ende Gelände. Auch die seit Januar das »RWE-Tribunal – NRWE-Komplex beenden!« vorbereitende Gruppe war vertreten. Der erste Teil dieses Tribunals wird vom 18. bis 20. Juni in Lützerath in einem großen Zirkuszelt stattfinden. Schwerpunkte dieses nächsten größeren Ereignisses werden die Anklagen bezüglich Zwangsumsiedlung und Vertreibung, Gesundheitsgefährdung und fahrlässige Tötung, Polizeigewalt gegen Aktivist*innen und auch Menschenrechtsverletzungen im Globalen Süden sein.

Link: www.rwe-tribunal.org



▲ Der Kampf um den Erhalt des Hambacher Forstes und die vom Tagebau bedrohten Dörfer geht weiter.

Fotos: Herbert Sauerwein

ANZEIGE

Gefangene nicht vergessen!
In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contrast« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00
Kennwort: »contrast«
www.freibos.de

Freibonnements für Gefangene e.V.

NEUE HAUSPROJEKTE IN LÜBECK

Wohnen mit Freund*innen

Sie wollen Ressourcen und Zeit teilen: In Lübeck gründen sich gerade mehrere Familien-Wohnprojekte. Eines davon erzählt, warum der Gründungsprozess auch eine Selbstfindung sein kann.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

Eine Hausbesichtigung änderte alles. Isabel und Tim, ein junges Paar, stand in diesem Reihenhaus in einem Vorort von Lübeck, »eigentlich ein schönes Haus«, erzählt Isabel. Aber dann sahen sich beide an, und da war ihnen klar: Das ist es nicht, was wir wollen. Sie wollen ein eigenes Haus kaufen, das schon. Aber die klassische Eigenheim-Idylle mit Gartenzaun und Carport fühlte sich an wie eine Schablone, die überall zwickt. Schon jetzt leben sie mit ihren beiden ein und drei Jahre alten Töchtern in einer Wohngemeinschaft. »Wir wollen in Gemeinschaft wohnen, die Kinder miteinander spielen lassen, abends beim Bier einen Film mit den Anderen schauen«, sagt Isabel. Sie sehen auch die vielen praktischen Vorteile, die diese Lebensform hat: gemeinsam genutzte Räume, Spieleabende, ein großer Garten für alle, in dem es nur einen Rasenmäher braucht. Und wenn eine Familie in Urlaub ist, gießen die anderen für sie die Pflanzen. Deshalb beschlossen sie, zusammen mit anderen Familien eine größere Immobilie zu kaufen. Sie erzählten Freund*innen davon, eine Familie in ihrer Kita war gleich Feuer und Flamme für die Idee. Das war Anfang 2020. Die heutige Diskussion über den zu großen Flächenverbrauch von Einfamilienhäusern, die alternative Wohnformen wieder ins Gespräch gebracht hat, gab es damals noch gar nicht.

»Nicht nur High Society«

Nach wenigen Wochen hatten sich vier Paare und Familien gefunden, die auch davon träumten, in einem Wohnprojekt zu leben. Eins davon waren Jonas und Kristin, eine Kollegin von Isabel in dem Bio-Supermarkt, in dem sie arbeitet. Sie gründen gerade Lübecks erste »Market Garden«-Gärtnerei und fanden die Idee spannend, ein Familien-Wohnprojekt zu gründen. »Wir hatten schon daran gedacht, ein Haus auf dem Land zu kaufen«, sagt Kristin. »Aber allein hätten wir uns das nicht getraut.« Auch der Stadt-



▲ Wollen gemeinsam wohnen, haben aber noch kein geeignetes Haus in Lübeck gefunden: die Stadtgestalten.

Foto: Tim Ramin

planer Wolfgang und die Konditorin Imke mochten die Idee, »Ressourcen und ein soziales Netzwerk zu teilen«.

Im Februar 2020 trafen sich die Familien zum ersten Mal in einem Café, das zu einem schon existierenden Lübecker Wohnprojekt gehört. Die Stadt hat viele solcher Projekte, die aber nicht selbstorganisiert sind und wegen der sehr hohen Wohnkosten kaum Familien oder Bewohner*innen mit kleineren Einkommen anziehen. Schon beim ersten Treffen waren die Gründer*innen sich einig: Sie wollen gemeinschaftlich zusammen leben, und sie wollen sich nicht über den Preis definieren: »Wenn sich nur die High Society in ein Wohnprojekt einkaufen kann, fehlt die Vielfalt«, sagt Lutz, der mit seiner Freundin Maria Teil der Projektgruppe ist. Die beiden haben zwei Kinder im gleichen Alter wie die Töchter von Isabel und Tim.

Gemeinschaftsfindung als Prozess

Wegen der Pandemie musste die Gruppe ihre wöchentlichen Treffen bald ins Internet verlegen. Trotzdem haben sie sich in diesem Jahr gut kennengelernt. Als Arbeitstitel gaben sie ihrem Projekt den Namen »Stadtgestalten«. Sie machten Listen: Wie viel Privatsphäre braucht jede*r? Wollen wir eine gemeinsame Küche? Soll es ein Alt- oder Neubau sein, brauchen wir eine ÖPNV-Anbindung, und wo liegt das Limit bei den Kosten? »Es war ein Prozess. Manchmal haben wir dabei erst gemerkt, was wir selber möchten«, sagt Maria. »Es gibt viele verschiedene Wege, zusammen zu leben.« Sie selbst könnte sich zum Beispiel eine Gemeinschaftsküche vorstellen, während für Imke und Wolfgang genügend Rückzugsräume besonders wichtig sind.

Geld sparen durch gemeinsam genutzte Räume

Oft stellten sie sich selbst »Hausaufgaben«. Sie beschäftigten sich mit möglichen Rechtsformen für ihr Wohnprojekt, etwa Genossenschaften, GbRs, dem Miethäuser-Syndikat oder Wohneigentümer-Gemeinschaften, und hielten sich gegenseitig Kurzreferate darüber. »Das war total spannend, weil man sich sonst mit so etwas ja nicht beschäftigt«, sagt Imke. Die Rechtsform der Wohneigentümer-Gemeinschaft ist ihr Favorit, aber ob die Wahl am Ende auf sie fallen wird, hängt auch von der Immobilie ab, die sie kaufen werden.

Eine Handvoll Häuser hat sich die Gruppe schon angeschaut, doch bisher war das Richtige noch nicht dabei. Sie waren entweder schlecht geschnitten, zu teuer oder schon vermietet. Inzwischen schauen sie sich mit einem

Projektentwickler auch zwei Neubauprojekte genauer an. »Der Markt ist sehr angespannt«, sagt Lutz. »Für normales Geld gibt es wenige Häuser.« Der Markt für große Häuser ist begrenzt, aber sie haben auch einen Vorteil, erzählt Tim. »Wo wir suchen, sucht Otto Normalverbraucher nicht.« Sie haben also wenig Konkurrenz, wenn sie sich für ein Haus interessieren. Außerdem sparen alle, wenn sie Ressourcen wie Autos oder ein Gästezimmer gemeinsam nutzen.

Die »Stadtgestalten« kennen mehrere Wohngemeinschafts-Projekte, die wie sie selbst gerade in der Gründungsphase sind. »Es ist eine Generationenfrage«, sagt Maria, »wir machen uns heute mehr Gedanken darüber, wie wir leben möchten. Und das Thema Wohnen ist dafür ganz wichtig.«

Die »Stadtgestalten« sind erreichbar unter: stadtgestalten-hl@posteo.de

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Soziale Arbeit heißt vom Unrecht sprechen: Verwaltung vs. Gestaltung

In der sozialen Arbeit geht es laut Alice Salomon, einer ihrer bekanntesten Begründer*innen, nicht nur um die Stabilisierung der Gesellschaft zur Förderung des sozialen Friedens, sondern eigentliches Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft zu leisten: »to make the world a better place to live in«, wie es bei ihr heißt. Zwischen diesen beiden Polen entfaltet sie sich und es stellt sich immer wieder die Frage, inwiefern es möglich ist, mit der persönlichen Arbeit in die politische Struktur einzuwirken.

Diesem Thema widmet sich auch der 2005 gegründete AKS (Arbeitskreis kritischer Sozialer Arbeit), der sich unter anderem darum bemüht, dass sich eine Soziale Arbeit ihren

Gegenstand und ihre Funktion nicht von »außen« vorgeben lässt, sondern eigenständig benennt. Aus dieser progressiven Haltung heraus, könnte sich die Soziale Arbeit ein Stück weit aus der latenten »Handlanger-Position« emanzipieren. Leider ist dieses Selbstverständnis weder allen Sozialarbeitenden bekannt, noch Teil des öffentlichen Diskurses. Gerade jetzt, wo sich aufgrund der Pandemie die Situation noch verschärfen wird, wäre es wichtig, sich zu positionieren. Denn genau genommen sind sozialer Frieden und eine stabile Gesellschaft eigentlich Effekte progressiver und gelungener Sozialer Arbeit.

Podcast zu kritischer sozialer Arbeit

Mit dem Thema kritische Soziale Arbeit beschäftigen sich auch fünf

Podcastende, die zusammen Soziale Arbeit in Berlin studiert haben. Mit ihrem Podcast möchten sie verschiedenen Fragen nachgehen: Wie sehen die aktuellen Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit aus? Was sind derzeit Konflikte, Herausforderungen, aber auch Chancen? Welche politischen Forderungen können sich daraus ergeben? Und über welches Wissen und welche Erfahrungen verfügen Sozialarbeitende, um die aktuelle Krise zu begreifen und neue Strategien für gesellschaftliche Sorgearbeit zu entwickeln?

Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, sprechen sie mit Sozialarbeitenden über persönliche Erfahrungen, gesellschaftliche Zustände und politische Forderungen. Dabei steht immer wieder auch die aktuelle Situation und ihre Auswirkung auf Soziale Arbeit im Fokus. So sind

Frauen stärker denn je häuslicher Gewalt ausgesetzt, Wohnungslosen fehlt der Zugang zu gemeinnützigen Tafeln, medizinischer Versorgung und Unterkünften, während Geflüchtete unter widrigsten Bedingungen in Lagern unter Massenquarantäne gestellt werden oder weiterhin Abschiebungen befürchten müssen. Wie können Sozialarbeitende Position beziehen und politisch Einfluss nehmen, während soziale Ungleichheit in der Pandemie fortläuft und sich gar verstärkt? Mit ihrem Podcast »Nah & Distanziert« möchten sie versuchen, gesellschaftliche Zustände und Prozesse abzubilden und kritische Perspektiven aufzuzeigen. Denn Soziale Arbeit ist persönlich und politisch!

Podcast hören unter: <http://nahunddistanziert.de>

Jasper Kellah

DANNENRÖDER FORST

Bilder aus dem Zentrum der Baumverteidigung



▲ Lesende*r Baumbesetzer*in im Barrio »Drüben« im Dannenröder Wald (November 2020)



▲ Polizisten positionieren sich vor der Räumung im Dannenröder Wald am Waldrand (November 2020).

Fotos: Björn Kietzmann

Der Fotograf Björn Kietzmann hat die Proteste gegen die Rodungen im Dannenröder Wald¹ in Zeitdokumenten begleitet. Für CONTRASTE erzählt er, wie es ist, im Herzen des Widerstands journalistisch zu arbeiten.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

Letzten Winter, schon mitten in der Corona-Zeit, erlebte das Land seine letzte große David-gegen-Goliath-Geschichte: die Besetzung und anschließende Räumung des Dannenröder Waldes. Über dieses Kapitel deutscher Protestgeschichte hat der Pressefotograf Björn Kietzmann nun einen Bildband herausgebracht. Die rund 100 zum Teil großformatigen Bilder von erstaunlicher Schärfentiefe und Strahlkraft sind sehr dicht dran am Alltag in den Camps und der Dramatik der Räumungen: Eine Clownin, Auge in Auge mit einem Polizisten, hat die Arme weit geöffnet; ein Aktivist besetzt einen Baum und liest dabei ein Buch; Teilnehmer*innen einer Demo pfeifen den Geschäftsführer der hessischen Grünen aus, die die Rodungen nicht verhinderten; drei Polizisten mit Kran spielen in den Bäumen Katz und Maus mit einer Besetzerin.

Die Aktivist*innen kämpften im Herbst und Winter 2020 in der Nähe von Marburg für den 1.000 Hektar großen und 250 Jahre alten Mischwald, der für den Bau eines noch fehlenden Teilstücks der Autobahn 49 zerschnitten werden sollte. Entlang der künftigen Schneise hatten die Aktivist*innen Baumhäuser in die Wipfel gebaut, die zu »Barrios« mit Namen wie »Unterwegx«, »Im Norden OK« oder »Drüben« anwuchsen.

Für seine Aufnahmen, die er hauptsächlich für zwei Agenturen machte, fuhr Kietzmann viele Male in diesen Wald. Einmal rief ein Informant an und sagte ihm, dass »Extinction Rebellion« eine besondere Aktion plante. Er machte sich sofort auf den Weg in den Wald. Kietzmann lächelt, als er das erzählt. »Es war ein Vorteil, dass ich nicht in Berlin, sondern im Rheinland lebe, dadurch hatte ich es nicht so weit.« Die Fahrt hat sich gelohnt: Wie Aktivist*innen der »Red Rebel Brigade« in langen roten Gewändern durch den Herbstwald streifen, eine skurril-schöne Geisterprozession, das ist bildgewaltig. Seinen guten Kontakten in die Protest-Szene hat er es zu verdanken, dass er oft zur rechten Zeit am rechten Ort war. Oft kam er für

mehrere Tage oder eine Woche und pendelte zwischen den drei betroffenen Waldabschnitten: dem Dannenröder und dem Maulbacher Wald sowie dem Herrenwald. Als schließlich im Oktober bis Dezember 2020 die Räumungen erfolgten, war er immer auf Abruf.

Um die Räumungen begleiten zu können, stand er oft sehr früh auf: »Wir mussten vor der Polizei im Wald sein. Wer zu spät kam, wurde meist an die Polizei-Pressestelle verwiesen und damit erstmal von den laufenden Räumungen fern gehalten.« Derartige Einschränkungen der Pressefreiheit gab es besonders bei der Räumung des Herrenwaldes. »Ich war im Wald, da rief mich jemand von der Polizei an und sagte, ich solle zu meinem Auto kommen, sonst würden sie es vom Waldparkplatz abschleppen.« Doch dort war dann vorläufig Endstation: »Die Pressesprecher der Polizei sagten den anderen Journalist*innen und mir, der ganze Wald hier sei Sperrgebiet.«

Björn Kietzmann dokumentierte schon viele Protestbewegungen. Auch bei den Castor-Transporten und den »Ende Gelände«-Aktionen im Hambacher Forst war er als Pressefotograf dabei. »Ich war schon immer ein politischer Mensch«, sagt er. Dass er früher

selbst Aktivist war, führt ihn nicht in einen Rollenkonflikt. »Um als Journalist unabhängig zu bleiben, checke ich Informationen grundsätzlich gegen, egal, ob sie von der Polizei oder von den Aktivisten kommen.« Distanz gewinnt er schon durch die Übernachtungen im Hotel, die er braucht, um seine Batterien zu laden und neues Bildmaterial zu sichern.

Der unabhängige Blick tut den Bildern gut, und der Autor lässt sie für sich sprechen. Lediglich eine Bildlegende fügt er zur besseren Einordnung an. Das Nachwort stammt von Carola Rackete, die viele Wochen in den Camps im Dannenröder Wald lebte, bis sie im November geräumt wurde. Im Vorwort erzählt ein*e Aktivist*in von den Härten und der Schönheit des Lebens im Camp. Für sie oder ihn ist der Kampf um den Wald nicht verloren. Zwar ist dort, wo die Baumhäuser hingen, heute eine breite Schneise für die künftige Autobahn. Doch die Proteste im »Hambi« und im »Danni« hätten eine neue Ära Ziviler Ungehorsams eingeläutet, die Zeit der Waldverteidiger. Der/die Aktivist*in erinnert sich: »Der Name Dannenröder Wald und das Thema Verkehrswende sind schlagartig in

der öffentlichen Wahrnehmung angekommen. Autobahnbau ab dem Jahr 2020 bedeutet, kilometerweise Zäune und Natodraht verbauen zu müssen.« Was vom Danni bleibt, sei für alle Beteiligten auch eine gelebte Utopie: Die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen, das Teilen von Verantwortung, die gemeinsam empfundene Angst vor Räumungen. »Im Dannenröder Wald habe ich eine zwischenmenschliche Wärme, Offenheit und Solidarität gefunden, wie sie mir im Leben noch nicht begegnet sind.«

Diese Solidarität strahlen auch Kietzmanns Bilder aus. Auf einem Bild dampfen im Vordergrund die Kochtöpfe der Kochplattform, dick eingepackte Demonstrierende warten auf das Essen. Im Hintergrund sieht man, vereinzelt und unscharf zwischen den Bäumen, Dutzende Polizisten.

¹ Für die die Waldverteidiger*innen steht der Begriff »Wald« für den Lebensraum, während »Forst« die Wirtschaftseinheit bezeichnet.

Björn Kietzmann: Kein Baum ist egal. Ein Bildband über die Klimaschutzproteste im Dannenröder Wald. Björn Kietzmann, Berlin 2021, 16,99 Euro (Softcover)/35 Euro (Hardcover).

REISE DER ZAPATISTAS

Einen Berg aus Mexiko ins mitteldeutsche Flachland holen

Ein Berg auf hoher See - mit diesen Worten haben die Zapatistas im Oktober vergangenen Jahres ihre Reise um die Welt angekündigt und damit im Europa von unten und links, dem ersten Ziel ihrer Reise, einiges in Bewegung gebracht. Auch uns hat diese Ankündigung zusammengeführt.

F., K. UND N. FÜR DIE VERNETZUNG DER REGION LEIPZIG, HALLE, MAGDEBURG

Wer sind wir? Eine Vernetzung von Menschen aus Leipzig und dem Leipziger Umland, aus Halle und Magdeburg. Wir kommen von feministischen Gruppen, Migrant*innenorganisationen, Studierendenbewegungen und -vertretungen, Solawis, aus Klimakämpfen gegen Braunkohle und Autobahnen, aus Hausprojekten, aus dem Ya-Basta-Netz und anderen Hintergründen, von denen einige auf den ersten Blick gar nichts mit den Zapatistas zu tun haben und auch untereinander sehr verschieden scheinen.

Was eint uns also? Warum treffen wir uns Woche für Woche virtuell, planen, organisieren erste (Online-)

Veranstaltungen, obwohl sich die meisten von uns noch nie »in echt« begegnet sind, um den Besuch dieser Menschen aus einem sechs Segel-schiffwochen entfernten Ort vorzubereiten? Und wie kommt es, dass immer mehr engagierte Menschen dazukommen?

Weil es in Zeiten zunehmender sozialer und ökologischer Ungleichheit und Zerstörung eine Vielzahl von Bewegungen gibt, die nach einer Alternative zum dominanten kapitalistischen Weltsystem streben. Und weil uns die Zapatistas mit ihrem Beispiel und ihrer Entschlossenheit inspirieren und Mut machen, von einer anderen Welt zu träumen, in der alle Menschen solidarisch zusammenleben, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihrer Herkunft, im Einklang mit der Natur und nicht gegen sie, ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Herrschaft.

Während lokale Bewegungen von einem bestimmten, verorteten Standpunkt aus argumentieren, sind ihre

Visionen mit einem größeren, globalen Problem verbunden. »Ich finde an der Reise der Zapatistas nach Europa besonders spannend, dass viele verschiedene Menschen und Bewegungen weltweit zusammenkommen, um voneinander zu lernen und eine inklusivere Agenda für Veränderungen zu entwerfen«, meint F. aus unserer Vernetzung. »Meistens können wir in Europa nur indirekt von den Ideen der Zapatistas lernen, aber nun ist es möglich, in direkten Austausch mit ihnen zu kommen. Dies ist ein besonderer, historischer Moment, da die neoliberalen Wissenshierarchien auf gewisse Weise überwunden werden. Ich denke, erst wenn wir beginnen, alle Menschen und Formen von Wissen als gleichwertig zu betrachten, werden wir globale Herausforderungen wie den Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit erfolgreich bekämpfen können.«

Obwohl zum Besuch der Zapatistas noch sehr viel unklar ist, hat dieser Moment schon längst begonnen. Weil wir sie bei uns willkommen heißen

wollen, haben wir uns in dieser Regionalgruppe zusammengefunden. Die Planung beinhaltet viele Herausforderungen, beispielsweise die Corona-Restriktionen und auch die Ungewissheit über Zeit und Ablauf. Dennoch glauben wir, dass wir als diverse Gruppe tolle Projekte erschaffen können.

N. aus Mexiko, jetzt Leipzig, erlebt das so: »Jeden Morgen erinnert mich meine Puppe der Comandanta Ramona auf meinem Nachttisch, dass andere Welten möglich sind und dass wir im Widerstand gegen den Kapitalismus sehr viele sind. In dieser grauen und kalten Gegend habe ich heute am Frühstückstisch von gerechten Gesellschaften geträumt und mich gefragt, ob Lene Voigt¹ mit mir, einer punkigen Mexikanerin, einen »sabadischn Gaffe« trinken würde... Ich denke schon! Auf die Zapatistas, ihre Reise um die Welt und ihren Besuch in Leipzig wäre sie bestimmt neugierig gewesen. Die Welt, aus der ich komme, und die Welt, in der ich wohne, vermischen sich in meiner »Gaffedasse«.

Die Zapatistas kommen! Um sich mit dem Europa von unten über Solidarität und Autonomie auszutauschen und Menschen, die andere Realitäten schaffen, zu begegnen. Für mich ist das ein Zeichen, dass andere Welten möglich sind.«

Kontakt:

leipzig@ya-basta-netz.org

Lest dazu auch den Artikel von John Holloway auf Seite 6.

¹ Lene Voigt (1891-1962) war eine deutsche Schriftstellerin und sächsische Mundartdichterin.

ANZEIGE

Gemeinsam die Welt verbessern?
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumesstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-235 19 79-0

DIE ZAPATIST*INNEN KOMMEN

Jetzt können wir Hoffnung atmen

Eine zapatistische Delegation hat am 3. Mai eine Reise nach Europa begonnen, um sich mit den dortigen Protest- und Basisbewegungen zu verbünden. Der Soziologe und CONTRASTE-Autor John Holloway verfolgt die zapatistische Bewegung von Anfang an und ordnet die Reise für uns ein.

JOHN HOLLOWAY, MEXIKO

»Im Namen der zapatistischen Frauen, Kinder, Männer, alten Menschen und, natürlich, der Anderen¹ erkläre ich, dass dieses Land, das dessen Ureinwohner »Europa« nennen, von jetzt an Slumil K'ajxemk'op heißt, was »Aufständisches Land« oder »Land, das nicht aufgibt, das nicht ohnmächtig wird« bedeutet. Und als solches wird es solange unter den Seinen und Fremden bekannt sein, solange es jemanden gibt, der nicht aufgibt, der sich nicht verkauft und der nicht aufgibt.«

Diese Worte werden, so SupGaleano, von Marijosé gesprochen, sobald sie*er² nach der Überquerung des Atlantiks auf der Montaña, dem Schiff, das Mexiko am 3. Mai verlassen hat und irgendwann im Juni die spanische Küste erreichen wird, europäischen Boden betritt. Marijosé ist 1 des aus sieben Zapatist*innen bestehenden Geschwaders 421, das auf dem Schiff segelt – 4 Frauen, 2 Männer, 1 Andere, um die Reise für das Leben zu beginnen, eine Fahrt, zu der eine andere Gruppe Zapatist*innen stoßen wird, die per Flugzeug anreisen und die sie in ungefähr 30 europäische Länder führen wird. Dies ist die erste von mehreren Reisen, mit denen die Zapatist*innen beabsichtigen, sich mit anderen Kämpfen für das Leben auf allen Kontinenten dieses Planeten zu verbinden.

Aufständische Hand in Hand

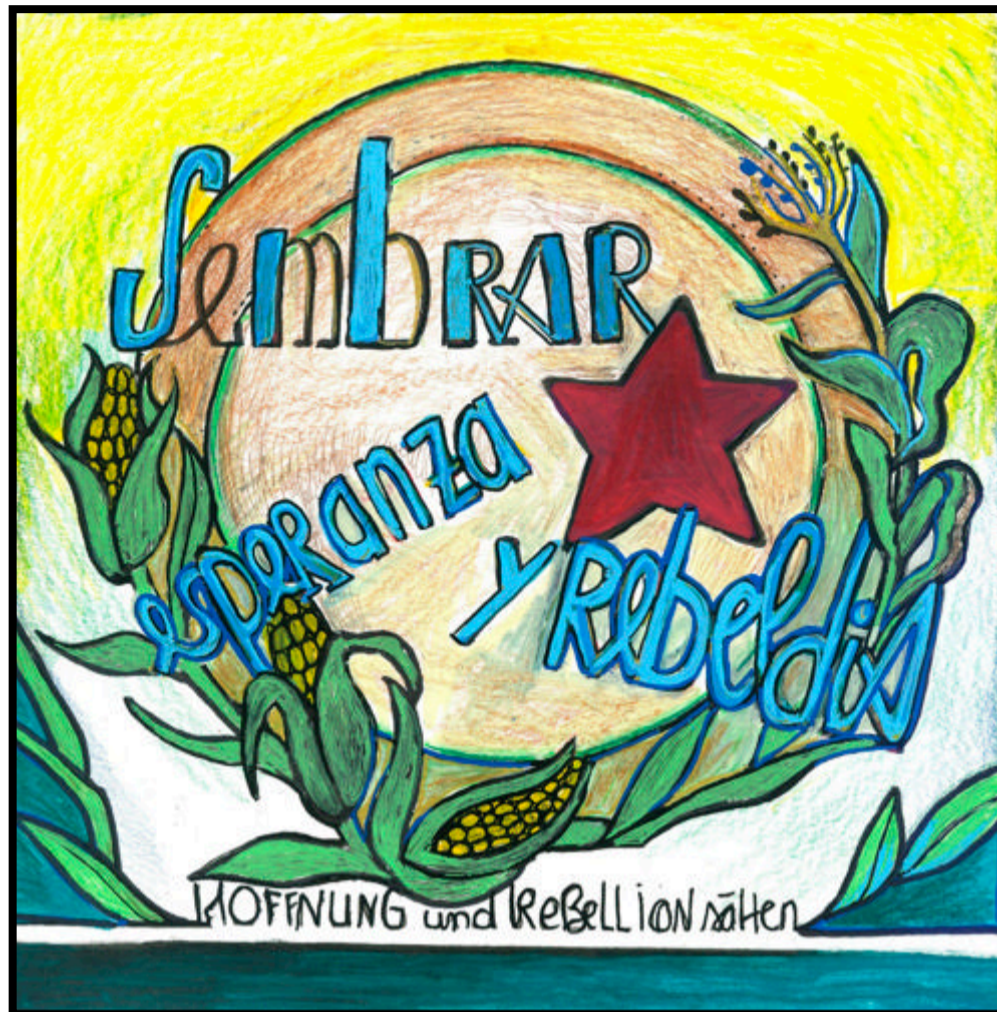
Marijosés Worte sind eine Kombination aus Witz, Einfachheit und theoretischem Tiefgang, die wir mit den Zapatist*innen verbinden, seit sie am 1. Januar 1994 ihren Aufstand begannen. Um für das Leben zu kämpfen, das ganz offensichtlich in Gefahr ist, stellen sie die Welt auf den Kopf. Sie segeln in die entgegengesetzte Richtung, aus der Kolumbus und die Eroberer kamen, um eine Welt der Rebellen zu entdecken. Sie treten nicht an, Eroberer zu finden und von ihnen Entschuldigungen zu verlangen, sondern Aufständische zu finden und sich mit ihnen im gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen. Kein Gerede von Imperialismus oder Kolonialismus, nichts aus der seit langem etablierten Tradition der Linken, gesellschaftlichen Antagonismen territoriale Definitionen überzustülpen, sondern etwas viel Einfacheres, sehr viel Direkteres: die Aufständischen einer Geographie gehen Hand in Hand mit den Aufständischen einer anderen. Denn dies ist die einzige Weise, in der wir eine Zukunft erschaffen können.

Also eine Einladung und weniger eine Show der Solidarität mit dem

Spenden für die Reise

Zur Durchführung der Delegationsreise der Zapatistas werden dringend Spenden benötigt.

Bitte auf folgendes Konto:
Zwischenzeit e.V.
IBAN: DE91 4306 0967 0033 5767 00
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort:
»Spende Delegation Zapatistas«



▲ Mit ihrer Reise wollen die Zapatistas vor allem eins: Hoffnung und Rebellion säen.

Foto: Hannah, Münster

heroischen Volk von Chiapas (denn der Begriff der Solidarität erschafft sofort ein »sie« in dritter Person), sondern ein Erkennen-und-Erschaffen von Slumil K'ajxemk'op, das vielerorts als Europa bekannte Aufständische Land, ein Land bevölkert von Menschen, die in vielen verschiedenen Geographien geboren wurden. Ein Land, beherrscht vom Geld, ein Land, das Teil des Imperiums des Geldes ist, dieselbe üble Macht, die auf allen Kontinenten herrscht und uns in einen an Geschwindigkeit gewinnenden Taifun der Zerstörung reißt. Eine üble Macht, die herrscht, die aber nicht vollständig herrscht, denn der europäische Kontinent, wie alle Kontinente, ist ein Aufständisches Land, wo die Menschen nicht aufgeben, sich nicht verkaufen, sich nicht unterwerfen.

Der Aufstand nimmt viele verschiedene Formen an, denn Geld ist eine Hydra mit vielen Köpfen, jeder mit seinem eigenen Gesicht des Terrors. Diese erzeugen viel Schmerz, in der einen oder anderen Form alles unser Schmerz, denn unter den verschiedenen Sachen, die uns in unseren Unterschieden einen, sind die ersten beiden: »dass wir die Schmerzen der Welt zu unseren machen: die Gewalt gegen Frauen; die Verfolgung von und Abscheu gegenüber jenen, die in ihrer Gefühls-, emotionalen und sexuellen Identität anders sind; die Vernichtung der Kindheit; der Genozid an den indigenen Völkern; Rassismus, Militarismus; Ausbeutung; Enteignung; die Zerstörung der Natur.« Und »das Verständnis, dass es ein System ist, das für diese Schmerzen verantwortlich ist. Der Scharfrichter ist ein ausbeuterisches, patriarchales, pyramidales, rassistisches, diebisches, kriminelles System: Kapitalismus.« Das Aufständische Land ist ein Land vieler Kämpfe gegen die vielfältigen Gesichter des Monsters.

Lehren und Lernen

Die Reise der Zapatist*innen ist ein Ausstrecken, nicht um die Hand zu halten, nicht um zu führen, sondern um zu teilen. Ein Händehalten, ein wechselseitiger Fluss von Energien, vielleicht ein Funke. Ein Austausch bestimmter Erfahrungen des gemein-

samen Kampfes, um die Hydra zu töten, ein Lernen, das ein Lehren ist, ein Lehren, das ein Lernen ist. Nicht nur ein improvisierter Austausch, sondern eine Vertiefung der Austausche, die seit vielen Jahren existiert haben und die von vielen Menschen sehr sorgfältig vorbereitet wurden, seit die Zapatist*innen ihren Plan im letzten Oktober zum ersten Mal angekündigt haben.

Und es wird, es muss ein Ausstrecken der Hände sein, um ihre zu halten. Von allen Individuen und Gruppen, die wie ich, sich seit ihrem ersten Erscheinen über die Jahre in sie verliebt haben. Aber es wird und muss mehr als das sein. Es ist zu hoffen, dass die verrückte Reise mehr Menschen, weit jenseits der Welt der Aktivist*innen, berühren wird als nur die »üblichen Verdächtigen«.

Wir kriegen keine Luft

Aus offensichtlichen Gründen hat es in Europa oder anderswo im letzten Jahre nur wenige Aufschwünge des politischen Protestes gegeben. Aber vielleicht gibt es ein riesiges Gefühl des Erstickens, der aufgestauten Frustration. Wir kriegen keine Luft. Wahrscheinlich gibt es ein wachsendes Gefühl, dass das System zusammenbricht, dass der Kapitalismus nicht funktioniert. Es mag keinen deutlichen politischen Ausdruck, oder irgendeinen Ausdruck finden, den wir auf irgendeine Weise als »unseren« erkennen würden, und gegenwärtig dreht es sich für die meisten Menschen vor allem um die Rückkehr zu irgendeiner Form der Normalität, wie schädlich auch immer diese Normalität sein mag. Und dennoch gibt es die Wahrnehmung, dass der Kapitalismus ein gescheitertes System ist. Aufgrund seiner Zerstörung der natürlichen Biodiversität hat es eine Pandemie erschaffen, die Millionen Menschen getötet und die Lebensbedingungen für praktisch die ganze Weltbevölkerung verändert hat. Eine Pandemie auf die wahrscheinlich andere folgen werden. Sein unerbittliches Streben nach Profit bringt einen Klimawandel hervor, der bereits jetzt zu enormen Konsequenzen für das menschliche Leben und das Leben so vieler anderer Spezies führt. Viele oder gar die meis-

ten Eltern gehen jetzt davon aus, dass ihre Kinder schlechtere Lebensbedingungen haben werden, als sie selbst hatten und tatsächlich sind es die Jungen, die die schlimmsten Folgen des Versagens des Systems erleiden.

Es gibt eine ganze Welt der Wahrnehmung, dass der Kapitalismus gescheitert ist, eine Welt von Menschen, die den »Glauben an das System verlieren«, eine Welt des Erstickens und der Frustration. Ein Vulkan, der auf seinen Ausbruch wartet? Wer weiß? Als jemand, der unter einem Vulkan lebt³, weiß ich, dass es schwierig ist, den Zeitpunkt oder das Ausmaß eines Ausbruchs vorherzusagen. Aber Kolumbien hat während der letzten Tage gezeigt, welche enormen Kräfte aufgestaute Spannungen entfalten können⁴.

Keine Rettung aus der Mitte

In all diesem liegt eine Dringlichkeit. Als die Zapatist*innen am Neujahrstag 1994 ihren Aufstand begannen, war die Antwort eine riesige Welle der Unterstützung für sie in Mexiko, massive Demonstrationen, die die Regierung zwangen, die militärische Attacke auf ihre Bewegung einzustellen. Eine riesige Welle an Sympathie, die jedoch nicht ausreichte, den Staat zu Fall zu bringen und die mexikanische Gesellschaft zu verändern. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, dass der gesellschaftliche Zerfall, der seitdem mit der Tötung Hunderttausender, vor allem junger Menschen und dem »Verschwinden« Hunderttausender, und den täglich wachsenden Zahlen an Femiziden, eingesetzt hat, durch eine stärkere Antwort hätte aufgehalten werden können. In Europa und in der ganzen Welt wird die Decke der Zivilisation zunehmend als dünn wahrgenommen. »Auseinander brechen die Dinge; die Mitte hält nicht mehr«, Yeats' berühmte Zeile aus seinem Gedicht »Die zweite Ankunft« wird zunehmend zitiert. Aber die Zivilisation kann nicht aus der Mitte heraus gerettet werden. Die einzige Weise, eine »zivilisierte«, sozial akzeptable Gesellschaft zu erschaffen, besteht in der Abschaffung des Kapitalismus und der Erschaffung anderer Formen

des Lebens, in denen die gegenseitige Anerkennung im Zentrum steht. Diese Aufgabe ist dringlich, die Fenster der Realität schließen sich.

Surreal? Bestimmt. Der Surrealismus der zapatistischen Reise ist kein Ornament, er steht im Zentrum ihrer Politik. Immer wieder haben die Zapatist*innen uns mit ihren Initiativen überrascht, aber dies ist wahrscheinlich die wundersamste überhaupt. Inmitten der Pandemie (und die Zapatist*innen waren in der Einhaltung ihrer vorbeugenden Maßnahmen sehr rigoros, und haben sie begonnen, noch bevor der mexikanische oder die meisten anderen Staaten überhaupt etwas unternommen hatten), und ohne irgendeinen Vertrag mit Netflix zu unterzeichnen, haben sie das erstaunlichste Theaterstück erschaffen, in dem sie den Atlantik zu ihrer Bühne machen und sich dann auf ungefähr dreißig unterschiedliche Geographien im neu benannten (sicherlich nicht getauften) Kontinent Slumil K'ajxemk'op ausbreiten. Damit soll das revolutionäre Denken an einen Ort gebracht werden, den es niemals zuvor betreten hat. Es soll den Kampf für das Leben und gegen den Kapitalismus (denn der Kampf für das Leben muss ein Kampf gegen den Kapitalismus sein) in eine neuerlich surreale Dimension führen. Der Surrealismus ist von entscheidender Bedeutung, denn er bricht die Logik des Kapitals und seines Staates, der unsere Träume von etwas Besseren in die Reproduktion des ewig gleichen Systems des Todes zieht und zieht und zieht.

Lest sie, lest sie, lest sie! Lest, was sie sagen. Lest die sechs Teile des Textes, der diese verrückte Reise angekündigt hat, in der Reihenfolge in der sie veröffentlicht wurden, vom sechsten zum ersten (aber natürlich). Lest, was sie über ihre Reise sagen, guckt euch ihre Videos und Fotos an. Und begleitet sie vor allem auf ihrer lächerlichen Reise. Begleitet sie und lasst sie euch begleiten. Teilt eure Kämpfe und eure surrealen-zu-realen Vulkane. Und vielleicht wird uns allen dies helfen, das zu atmen: Hoffnung.

Für ihre Kommentare bedankt sich der Autor bei Edith González, Panagiotis Doulos, Néstor López, Marios Panierakis, Azize Aslan, Eloína Peláez und Lars Stubbe.

Übersetzung aus dem Englischen: Lars Stubbe
Buchtipps: John Holloway - Kapitalismus aufbrechen

Die Kommunikés der Zapatistas in deutscher Sprache und weitere Infos zu Stationen in Deutschland: <https://www.ya-basta-netz.org>

Kommentar von Inés Durán Matute, »Ein Kampf für das Leben, für alle. Indigene Völker navigieren und vereinen die Welt.«, Maldekstra, Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, März 2021, S. 18, Link: <https://bit.ly/3bexzcX>

Lest dazu auch den Artikel auf Seite 5 unten.

¹ Das spanische »otroa« meint hier die Angehörigen der in sich heterogenen LSBTIQ*-Community; Anm.d.Ü.

² Der Autor verwendet das nicht-binäre Personalpronomen s/he. Im deutschen gibt es bislang keine geeinte Schreibweise für nicht-binäre Personalpronomen; Anm.d.Ü.

³ John Holloway lebt in San Andrés Cholula, nahe Puebla, im Zentrum Mexikos. In unmittelbarer Nähe zu Cholula liegen die aktiven Vulkane Iztaccihuatl und Popocatepetl; Anm.d.Ü.

⁴ Gemeint sind die Aufstände, Demonstrationen und Streiks in Kolumbien im April/Mai 2021, nachdem Präsident Iván Duque eine Steuerreform angekündigt hatte, um die Auflagen internationaler Kreditgeber zu erfüllen und die Kosten der Covid-Pandemie zu zahlen. Nach heftigen Protesten und Angriffen durch Staatskräfte, die zu bislang über 20 Toten und vielen 100 Verletzten geführt haben, musste die Regierung die »Reform« zurückziehen; Anm.d.Ü.

GEMEINSCHAFTSPROJEKT LEBENSBOGEN

Wandel nach innen und außen gemeinsam gestalten

Durch den Impuls von fünf Menschen entstand 2008 die Gemeinschaft Lebensbogen. Nach mehrjähriger Platzsuche im süddeutschen Raum wurde im August 2015 ein ehemaliger Jugendhof westlich von Kassel bezogen - ein vier Hektar großes Grundstück mit wunderschönen alten Bäumen. Der Ort grenzt an den Naturpark Habichtswald und erfüllt alle wichtigen Erwartungen der Gruppe: Er liegt abseits und ist gleichzeitig gut erreichbar, mitten in der Natur. Für die Begegnung von vielen Menschen sind die erforderlichen Strukturen vorhanden mit großzügigem Raum, um weiter zu wachsen.

ANNETT GNASS UND CONNY FRICKE, ZIERENBERG

Die Basis der Lebensbogen eG stellt die Gemeinschaft der Menschen dar, die auf dem Gelände »Auf dem Dörnberg« zusammenleben und arbeiten. Alle sind Mitglieder der Genossenschaft. Sie verstehen den Lebensbogen als Ort der Begegnung für Menschen, die sich einen inneren und gesellschaftspolitischen Wandel wünschen und aktiv dazu beitragen wollen. Alle Beteiligten haben sich auf Qualitäten geeinigt, die sie gleichzeitig als Ziele und Entwicklungsraum verstehen: Herzverbundenheit, Grundvertrauen, Lebensfreude, Visionsraum, Verwirklichungskraft und Frieden. Wichtig für die Gruppe sind Themen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit, Permakultur und Frieden. Sie versuchen, ihr Zusammenleben durch ein wohlwollendes Miteinander und eine wertschätzenden Kommunikation zu gestalten.

Organisation des Gemeinschaftslebens

Entscheidungen mit hoher Tragweite werden gemeinsam im Konsensverfahren getroffen. Das Zusammenleben wird in Form gemeinsamer Alltagsökonomie von Geld und Zeit organisiert, indem alle laufenden Ein- und Ausgaben aus einer gemeinsamen Kasse finanziert werden. Die Weiterentwicklung der Gruppe erfolgt unter anderem über den wöchentlich stattfindenden Gemeinschaftsabend sowie mehrere mehrtägige Intensivzeiten pro Jahr. Teilweise wird dafür externe



▲ Mit frisch gestrichener Fassade kurz vor dem offiziellen Eröffnungsfest (Juni 2016) ein Jahr nach Einzug

Foto: Lebensbogen eG

Unterstützung in Anspruch genommen. So gelingt es, dafür einen guten Raum zu gestalten, auch schwierige Themen zu bewegen sowie neuen Input und Inspiration zu bekommen. Kurze Organisationsthemen werden im wöchentlichen zweistündigen Plenum geklärt. Für alle größeren Themen findet monatlich ein Klausurtag statt. Zusätzlich trifft sich die Gruppe zum Jahreswechsel zu Klausurtagen, um das Gesamtprojekt zu reflektieren und die Planung für das neue Jahr zu erstellen.

Für die Gestaltung des Außenumfeldes dient der »Begegnungsraum Lebensbogen« bestehend aus einem Tagungshaus, dem Café und einem gemeinnützigen Verein. Um Impulse für einen gesellschaftlichen Wandel zu setzen, werden über den Verein vielfältige Veranstaltungen im Bereich Bildung, Kultur, Ökologie und Soziales angeboten. Um den Gedanken des Lebens in Gemeinschaft weiter zu verbreiten, bietet Lebensbogen auch Gemeinschaftskurse an. Die Genossenschaft ist Eigentümerin der Gebäude auf dem Gelände. Der Grund und

Boden wurde durch die Stiftung trias gekauft und ist somit langfristig der Spekulation entzogen und nachhaltig gegen weitere Flächenversiegelung geschützt. Die Genossenschaft sorgt für die Instandhaltung der Gebäude, vermietet die Räume zum privaten Wohnen an die Gemeinschaft und betreibt das Tagungshaus Lebensbogen und das Café Helfensteine als wirtschaftliche Betriebe.

Genossenschaftliche Trägerstruktur

Monatlich finden zweimal Vorstands- und Aufsichtsratsitzungen statt, um das Controlling der Genossenschaft im Blick zu behalten und finanzielle und rechtliche Themen für das Gesamtplenum der Gemeinschaft vorzubereiten. Dort werden dann die wesentlichen Entscheidungen gemeinsam getroffen. Menschen, die dem Projekt nahestehen und es unterstützen wollen, können sich als investierende Mitglieder der Genossenschaft ohne Stimmrecht beteiligen. Alle vor Ort lebenden Menschen sind gleichzei-

tig auch Mitglieder des gemeinnützigen Vereins. Während die Genossenschaft vor allem die wirtschaftliche Seite repräsentiert, werden mit Hilfe des Vereins die inhaltlichen, ideellen Themen nach außen getragen.

Gute Akzeptanz im Umfeld

Der Kauf der Gebäude wurde über Bankdarlehen und Eigenkapital (Genossenschaftsanteile) finanziert. Zusätzlich gibt es auch private Mitgliederdarlehen und es wurden öffentliche Förderungen und Zuschüsse für Sanierungen und andere Investitionen beantragt. Als Herausforderung erweist es sich gegenwärtig, wenn Mitglieder, die die Genossenschaft verlassen, ihre Genossenschaftsanteile kündigen und sich dadurch das Eigenkapital verringert. Die gekündigten Anteile zeitnah wieder zu ersetzen - vor allem, wenn es um größere Summen geht - ist gegenwärtig noch schwierig.

Die Gemeinschaft Lebensbogen wurde von Anfang an in der Gemeinde und im Landkreis wohlwollend

aufgenommen, da es positive Erfahrungen mit anderen Gemeinschaften gibt. Info-Veranstaltungen wurden zu Beginn vor allem von Menschen aus der Region besucht, um das Projekt kennenzulernen. Außerdem ermöglicht das gut besuchte Café Helfensteine direkten Kontakt zu den Menschen aus der Umgebung. Wegen der Pandemie finden aktuell allerdings keine Veranstaltungen statt. Das Tagungshaus und das Café sind derzeit geschlossen. Immer wieder geben Besucher*innen ein positives Feedback zu dem alternativen Lebenskonzept. Durch regelmäßige persönliche Kontakte zu den umliegenden Institutionen besteht der Eindruck seitens der Gemeinschaft, von ihrem Umfeld anerkannt und wohlwollend aufgenommen zu sein.

In dem Projekt leben derzeit 14 Erwachsene und ein Kind als Mitglieder und drei Erwachsene und zwei Kinder am Platz als Langzeitgäste. Weitere Menschen, die das Projekt mitgestalten und umsetzen sind willkommen.

Link: www.gemeinschaft-lebensbogen.deKontakt: kontakt@gemeinschaft-lebensbogen.de

Die Entscheidung für die Rechtsform Genossenschaft kam zustande, weil

- alle Mitglieder unabhängig von der Höhe der Einlage nur eine Stimme haben - das verhindert Macht durch Geld;
- Einlagen sowohl von Mitgliedern der Gemeinschaft als auch von externen Mitgliedern gemacht werden können - das bietet mehr Möglichkeiten zur Unterstützung;
- Einlagen auch wieder gekündigt werden können - das bietet Flexibilität;
- regelmäßig auch eine externe Prüfung erfolgt - das schafft Sicherheit und Vertrauen;
- eine Genossenschaft die Interessen der Mitglieder fördern kann;
- die Einnahmen vorrangig betriebswirtschaftlich gestaltet werden und somit zum Beispiel die Organisation mit der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins nicht sinnvoll wären.

BUCHBESPRECHUNG

Strukturen und Gruppen von Gemeinschaftsprojekten fundiert entwickeln

Was braucht es, damit gemeinschaftliche Initiativen erfolgreich werden? Der Gemeinschaftskompass von Eva Stützel will Antworten auf diese Fragen geben. Gedacht als Orientierungshilfe für gemeinschaftliche Projekte baut er auf den Erfahrungen der GründerInnen des Ökodorfes Sieben Linden und der langjährigen Tätigkeit der Autorin als Gemeinschaftsberaterin auf.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Leitfäden zu Gemeinschaftsprojekten gibt es genug. Die aktuelle Veröffentlichung von Eva Stützel stellt aber etwas Besonderes dar. Ihr ist anzumerken, dass sie vor dem Hintergrund sehr vielfältiger Beratungs- und Seminarerfahrung geschrieben wurde, einschließlich eigener Lebenserfahrung in einem Gemeinschaftsprojekt. Trotz umfassender und ganzheitlicher Behandlung des Themas ist sie einfach geschrieben, enthält viele

konkrete Übungen und Vorschläge zum Vorgehen, hält sich mit eigenen Bewertungen und politischen Aussagen nicht zurück und setzt so neue Standards für eine zukunftsfähige und nachhaltige Ausrichtung von Gemeinschaftsprojekten.

Betont und gleichzeitig auch ausgiebig behandelt werden sieben Aspekte, die als Orientierungshilfe dienen, um Gemeinschaften erfolgreich auf den Weg zu bringen:

- Raum für Individuen und Bewusstsein für persönliche Weiterentwicklung
- Bewusste Pflege des Miteinanders
- Gemeinsame Ausrichtung
- Strukturen, die zu Zielen und Werten passen
- Sinnvolle Arbeitsorganisation, Kompetenz und Engagement für die Aufgaben, Geldflüsse
- Auswerten von Erfahrungen, Feiern, Wertschätzen
- Kooperationen und ein achtungsvoller Umgang mit anderen gesellschaftlichen Akteuren.

Die Kernaussage des »Gemeinschaftskompass« ist, dass erfolgreiche gemeinschaftliche Projekte Aufmerksamkeit, Kompetenz und bewusste Weiterentwicklung in all diesen sieben Aspekten brauchen, und dass das Miteinander von Individuen in einer Gemeinschaft dabei im Zentrum steht. Die Bezeichnung als Gemeinschaftskompass lässt eine Ausrichtung auf weiche Faktoren bzw. Gruppenaspekte erwarten. Tatsächlich werden aber Strukturen, Finanzierung und Rechtsform ebenso ausführlich behandelt. Dabei bemüht sich die Autorin im gesamten Leitfaden nicht um unnötige Objektivität: Sie nimmt immer wieder eindeutig Stellung. Auch ihre Präferenz für die Genossenschaft wird deutlich, auch wenn Stiftungslösungen oder der Ansatz des Mietshäusersyndikats ebenfalls positiv gesehen werden.

Der Gemeinschaftskompass eignet sich hervorragend für den Aufbau und die Begleitung von Lebensgemein-

schaften und gemeinschaftlichen Wohnprojekten. Als Einführung gibt es zurzeit nichts Besseres. Die Autorin will mit diesem möglichst viele Projekte unterstützen, in denen Menschen gemeinschaftlich etwas realisieren möchten und ähnliche Werte teilen. Ein hoher Anspruch - möge er gelingen.

Stützel, Eva: Der Gemeinschaftskompass. Eine Orientierungshilfe für kollektives Leben und Arbeiten, 240 Seiten, München 2021 (oekom verlag), 24 Euro

Ein ausführlicher Artikel von Eva Stützel zum Gemeinschaftskompass findet sich auch in der CONTRASTE Nr. 410, November 2018.



Grafik: Eva Stützel

ANZEIGE

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunkthemen

- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes - heute
- Nr. 201: Die Politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- Nr. 202: Green New Deal!? Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)

Einzelheft:

ca. 176 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!

www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ-FISCHER

UMKÄMPFTE MENSCHENRECHTE IM INTERNET

Von der emanzipatorischen Vision zur Kontroll-Dystopie

Als Twitter Donald Trumps Account sperrte, hielten sich Kritik und Schadenfreude noch die Waage. Als während der Coronakrise Accounts von Menschen, die sich kritisch zu den Regierungsmaßnahmen äußerten, von Youtube gelöscht wurden, rüttelte das viele Menschen auf, man sprach von Zensur.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Vor diesem Hintergrund entstand in der CONTRASTE-Redaktion das Bedürfnis, sich mit diesen und anderen Problemzonen der Digitalisierung intensiver auseinanderzusetzen und zu schauen, ob und wie selbstorganisierte Initiativen und Organisationen davon betroffen sind. Wir starten mit diesem Problemaufriss eine lose Artikelreihe zum Thema Netzpolitik.


Der »Erfinder« des Internet ist der britische Physiker und Informatiker Tim Burners Lee. Er entwickelte die Programmiersprache HTML ebenso wie das Transferprotokoll HTTP und legte damit den Grundstein des World Wide Web. Er ließ sich seine Erfindungen nicht patentieren, sondern stellte sie frei zur Verfügung, entsprechend seiner Vorstellung, wie eine Gesellschaft funktionieren sollte: »flache Hierarchien, harmonische Kooperation, Toleranz und Offenheit für Vielfalt, Vernunftgebrauch sowie Zuversicht in die Mitmenschen.« Diese Zuversicht hat sich als trügerisch erwiesen: Das Internet hat neben emanzipatorischen Aspekten auch viele problematische Entwicklungen hervorgebracht, für die die Menschheit noch nach Lösungen sucht.

Vom Urheberrecht zu Hate Speech

Sobald eine große Anzahl von Menschen Zugang zum World Wide Web hatte und es entsprechend der Idee des Erfinders zum Austausch von Ideen und Inhalten nutzte, flammten die Auseinandersetzungen um Urheberrechte auf und gleichzeitig die Diskussionen, wovon die Menschen leben sollten, die ihr Wissen, ihre Kunst, ihre Baupläne frei zur Verfügung stellten. Seither kamen ständig neue Probleme und offene Fragen dazu: Datenschutz und Privatsphäre, Überwachung, Meinungsfreiheit und in den letzten Jahren »Hate Speech«

ANZEIGE

graswurzel revolution



Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo/Geschenkaboo: 38 € (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 5 € (8 € Ausland, 3 Ausg., Vorkasse)
Auslandsabo: 48 €
Förderabo: 60 €
www.graswurzel.net
abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.



▲ Noch nicht endgültig beantwortet: Welche Rechte habe ich, wenn ich mich im Netz bewege?

Foto: Pexels

und »Fake News«. Es zeigte sich die Notwendigkeit, dass Regierungen in diesen anfangs so freien Raum rechtlich eingreifen, die Gesetzgebung hinkt jedoch der technischen Realität immer hinterher.

Die Notwendigkeit der Formulierung »digitaler Rechte« steht im Raum, diese sind jedoch schwer zu fassen. Verschiedene, bereits existierende Grundrechte scheinen im digitalen Raum mehr noch als in der Offline-Sphäre gegeneinander zu stehen. Betroffen sind Urheberrechte, das Recht auf Privatsphäre und Datenschutz, das Recht auf Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit. Auf der anderen Seite stehen die legitimen Ziele, Hass, Diskriminierungen und Bedrohungen verschiedenster Art aufzuspüren, Internetkriminalität zu verhindern oder zu bestrafen. Der gleichzeitige Schutz der Privatsphäre der Internetnutzer*innen scheint der Quadratur des Kreises zu gleichen.

Die totale Kontrolle?

Seit viele Menschen digitale Geräte zur Kommunikation nutzen, steigt die Begehrlichkeit der Regierungen nach Daten ständig an. Es begann vor Jahren mit der Vorratsdatenspeicherung: Sie wurde bereits mehrmals vom EuGH gekippt, jedoch immer wieder versucht. Aber auch andere Daten verlocken zum Sammeln, etwa Fluggastdaten, Bewegungsdaten von Smartphones oder, seit der Coronakrise, Gesundheitsdaten. Für die »Contact-Tracing-App« (eine App, die Kontakte nachverfolgt, Anm. d. R.) des österreichischen Roten Kreuzes gab die Organisation »epicenter.works« (siehe Kasten) Entwarnung, diese sei was den Datenschutz betrifft unbedenklich. Anders sieht das mit dem geplanten elektronischen Impfpass aus - hier warnen Datenschützer*innen vor einer zu umfangreichen Verknüpfung und zu leichtem Zugriff auf persönliche Daten.

Dazu wird in den letzten Jahren immer öfter künstliche Intelligenz zur Gesichtserkennung genutzt. Diese Technologie ist noch kaum geregelt und niemand weiß genau, wo sie zur Anwendung kommt. Wenn in all den Überwachungskameras in U-Bahnstationen, auf öffentlichen Plätzen oder in Einkaufszentren oder Banken Gesichtserkennung eingesetzt wird und alle diese Daten zusammengeführt werden, ist es bis zur Dystopie der totalen Überwachung nicht mehr weit.

Digitale Selbstbestimmung

Und nicht nur Regierungen und Polizei, sondern auch eine Vielzahl von Firmen wollen unsere Daten, um gezielter werben zu können. Daten sind das neue Gold, und das Ziel ist der »gläserne Mensch« - China macht es vor. Dagegen halten Kritiker*innen mit der Forderung nach Stärkung der Privatsphäre im Internet und dem Recht auf digitale Selbstbestimmung. Ein erster Schritt ist die europäische Datenschutzgrundverordnung, die Umsetzung gestaltet sich jedoch mühsam - wer liest schon seitenlange Geschäftsbedingungen?

Der österreichische Student Max Schrems wurde vor einigen Jahren damit bekannt, dass er sich mit Facebook angelegt hatte, weil aus seiner Sicht der Konzern mit seiner Datennutzung gegen diese Verordnung verstößt. Inzwischen hat Schrems die europäische Datenschutzorganisation NOYB (None of Your Business) gegründet, die sich als Verbraucherschutzorganisation versteht.

Wenn eine private Plattform wie Youtube Konten sperrt, ist das dann Zensur? Nein, sagen die einen, der Vorwurf der Zensur könne sich nur gegen den Staat richten. Da aber die Regierungen den Plattformen den gesetzlichen Rahmen für die Löschung von Beiträgen vorgeben, stellt der amerikanische Jurist ack Balkin fest: »Meinungsfreiheit ist ein

Dreieck«, und zwar zwischen Individuum, Staat und Internetanbieter. Es wird von Verfassungsjuristen als Problem gesehen, dass der Staat private Internetfirmen mit der Rechtsdurchsetzung betraut. Selbst das Dreieck sei noch zu vereinfachend, meint Julia Reda im Verfassungsblog, bei der Vielzahl an Beteiligten und Interessen. »Bereits in ordentlichen Gerichtsverfahren ist es nicht immer leicht, alle diese Ansprüche angemessen zu würdigen (...). Immerhin sind die Gerichte aber verpflichtet, die Grundrechte aller Betroffenen in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen.« Die Menschen, die etwa im Löschzentrum von Facebook sitzen und 240 Posts pro Tag darauf überprüfen müssen, ob sie den Nutzungsbedingungen entsprechen, können das nicht leisten.

Die Fragen, um die es hier geht, sind letztendlich »Wer entscheidet, was wahr ist?« und: »Wo sind die Grenzen der Meinungsfreiheit?« Die Antwort auf diese Fragen sollte eine Gesellschaft nicht privaten Unternehmen überlassen und schon gar nicht Algorithmen, wie es immer noch häufig passiert. Die Frage nach den Grenzen von Meinungsfreiheit jenseits strafrechtlicher Aspekte muss unbeantwortet bleiben und letztlich immer wieder auf gesellschaftlicher Ebene neu ausgehandelt werden. Sie der Etikette sozialer Internetplattformen zu überlassen, ist keine Lösung.

Einmischung tut not

Liest man sich durch die diversen Foren und Kommentare, wird schnell klar: Viele Akteure haben Interesse an Daten und an Überwachung. Regierungen befinden sich in einer zwiespältigen Situation - einerseits haben sie Interesse an der Kontrolle der Bevölkerung, andererseits sollen sie Gesetze zu deren Schutz erlassen. Lösungen, die allen Ansprüchen genügen, sind nicht in Sicht, auch wenn es Vorschläge gibt. Es braucht eine Gegenmacht der Zivil-

gesellschaft. Wegen der komplexen technischen und juristischen Gemengelage ist es für den Normalverbraucher schwierig bis unmöglich, sich einzumischen - aber die Zeit drängt. Gerade kleine, selbstorganisierte und eventuell noch staatskritische Initiativen bewegen sich mitten in diesem unübersichtlichen Feld. Sie können von horrenden Strafen wegen Urheberrechtsverletzungen ebenso betroffen sein wie von Plattformensperren, weil sie angeblich gegen die Richtlinien verstoßen haben. Fälle von illegaler Überwachung unbequemer Personen gibt es schon jetzt immer wieder. All das ist umso beunruhigender, weil Polizei und Gerichte häufig auf dem rechten Auge blind sind und daher eher linke, antifaschistische Gruppen in den Blick nehmen. Sich gegen all das zu wehren, kann schwierig und teuer werden.

Da ist es hilfreich, dass es Organisationen gibt, die sich genau mit diesen Fragen beschäftigen, Regierungen ebenso auf die Finger schauen wie Konzernen, Lobbying für benutzer*innenfreundliche Regelungen betreiben und auch aktiv Vorschläge machen. Eine Kampagne für neue Grundrechte in Europa fordert unter anderem das Recht auf digitale Selbstbestimmung und transparente Regeln für künstliche Intelligenz. Damit diese Organisationen unabhängig arbeiten können, sind sie auf Spenden angewiesen. Vier davon stellen wir im Kasten kurz vor.

netzpolitik.org

Ist eine Plattform für digitale Freiheitsrechte. Beschäftigt sich mit Mitteln des Journalismus mit wichtigen Fragestellungen rund um Internet, Gesellschaft und Politik und zeigt Wege auf, wie man sich auch selbst mit Hilfe des Netzes für digitale Freiheiten und Offenheit engagieren kann.

epicenter.works

Technik verändert unsere Gesellschaft. Bestehende Machtgefüge und Lebensrealitäten werden neu geordnet. epicenter.works versucht, inmitten dieser Veränderung auf dem Boden der Menschenrechte gangbare Wege zu finden. Wir verstehen uns als Interessensvertretung für Grund- und Freiheitsrechte und setzen uns für eine starke Stimme der Zivilgesellschaft und einen aufgeklärten, sorgsamsten Umgang mit den Chancen und Risiken der Technik ein.

noyb.eu

Führt Datenschutz-Aktivist*innen, Hacker und Legal-Tech-Initiativen zu einer stabilen, europäischen Datenschutz-Plattform zusammen, mit deren Hilfe sie alle Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung in der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung (»DSGVO«) im Interesse von Nutzer*innen nutzt.

Kampagne für neue Grundrechte in Europa

Die Politik scheint mit sechs der größten Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr zurecht zu kommen: Umweltzerstörung, Digitalisierung, Macht der Algorithmen, systematische Lügen in der Politik, ungehemmte Globalisierung

Link: <https://bit.ly/3u8hZaB>

ORGANIZING IN EINHEITS- ODER EINHEIZGEWERKSCHAFTEN

Aktion vor Funktion!

Vor rund 20 Jahren hat sich ein Student in seiner Abschlussarbeit der Frage nach der Beitrittsmotivation von Gewerkschaftsmitgliedern gestellt. Er hatte die Motivation von Mitgliedern der IG Metall und der FAU verglichen. Das Ergebnis war vorhersehbar: IGM-Mitglieder sind aus materiellen Interessen Mitglied geworden, zum Beispiel wegen Tarifvertrag oder Rechtsschutz. Die Mitglieder der FAU gaben hingegen fast durch die Bank ideelle Gründe für die Mitgliedschaft an.

TORSTEN BEWERNITZ, MANNHEIM

Vermutlich würde heute ein ganz ähnliches Ergebnis rauskommen – aber aus einem anderen Grund: Weil diejenigen, die einer solchen Organisation aus ideellen Gründen beitreten, eher bereit sind, solche Fragebögen zu beantworten. Das ist Teil des Problems, das ich im Folgenden umreißen möchte und das ein strukturelles Problem syndikalistischer Gewerkschaften wie der FAU oder der IWW (Industrial Workers of the World) ist.

Pragmatische Basis, ideologischer Kopfbau?

Erstmal ist festzustellen, dass sich die FAU in der genannten Zeit beachtlich vergrößert hat. Angesichts der entfaltenen Aktivitäten der letzten 20 Jahre – der Arbeitskonflikt beim Kino »Babylon« in Berlin und in der Dresdner Kneipe »Trotzdem«, der beachtliche Organizing-Erfolg bei den Lieferservices sowie die Kämpfe bei der Mall of Berlin und der kürzlich auch mit juristischem Erfolg gesegneter Kampf bei Spargel Ritter in Bornheim bei Bonn – liegt die These nahe, dass dieses Wachstum weniger mit dem inhaltlichen-ideellen Anspruch »Anarchosyndikalismus« zusammenhängt, sondern mit praktischer Gewerkschaftsarbeit. Interessengründe sind nun auch Motivation für den Eintritt in die FAU. Das reizt wiederum auch ein durchaus ideell motiviertes Milieu, das moralisch motiviert ist, auf Seiten der Ausgebeuteten zu kämpfen, ohne aber deswegen eine Prinzipienklärung, ein politisches oder apolitisches Programm oder einen utopischen Ansatz hundertprozentig zu teilen.

Eben diese Erfolge wecken das Interesse der Gewerkschaften des DGB: Die FAU mag klein sein und unter dem Gesichtspunkt gewerkschaftlicher Effektivität viele Nachteile haben, aber sie hat auch dezidierte Vorteile: Das durchschnittliche einfache Mitglied der FAU hat aufgrund des Selbstaktivierungs-Anspruchs des Syndikalismus in Sachen Arbeitsrecht und Organizing deutlich mehr auf dem Kasten als das durchschnittliche Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Und exakt das macht, zumal in Kombination mit abnehmender idealistischer Bindung, Mitglieder der syndikalistischen Gewerkschaften zu einem Feld der Mitarbeiterakkreditierung des DGB – ein Indiz für die Professionalisierung im syndikalistischen Spektrum.

Das wiederum ließe sich von zwei Seiten betrachten und wir finden diese beiden Seiten in der potentiellen Spaltung zwischen idealistischen (oft Alt-)Mitgliedern der FAU, die dadurch Verrat, Unterwanderung, Aufweichung von Prinzipien wittern, und pragmatischen Mitgliedern (mit oft kürzerer Mitgliedschaft), die eine Chance sehen, radikalere Inhalte und kämpferische Methoden in die Gewerkschaften des DGB hineinzutragen oder auch nur für die Praxis der FAU zu lernen. Konflikte zwischen einer älteren Generation ideell orientierter Anarchosyndikalisten*innen und einer jüngeren Generation pragmatisch orientierter Syndikalisten*innen sind vorprogrammiert.

Zweiterlei Organizing?

Wie ist die Kritik an einem (beruflichen) Engagement in oder mit den Gewerkschaften des DGB begründet? Ein Blick in einen Beitrag aus der Direkten Aktion¹ ist aufschlussreich: Dieser beginnt mit dem »Vorwurf«, dass die Gewerkschaften des DGB Organizing lediglich zur Mitgliedergewinnung nutzen würden und dass diese vor allem als Beitragszahler gewünscht seien, um die bezahlten Posten zu erhalten.

Eine solche »Kritik« müsste eigentlich für jede*n, der/die den Anspruch der FAU, eine »Basisgewerkschaft« zu sein, ernst nimmt, verstörend sein. Für jede Gewerkschaft muss es darum gehen, neue Mitglieder zu gewinnen.

▲ »Allein machen sie dich ein ...«

Das ist der Kern des Begriffs »Organisieren« und es ist auch ein Kern jeglicher Gewerkschaftsarbeit, egal ob sie sich »sozialpartnerschaftlich« oder »klassenkämpferisch«, »reformistisch« oder »revolutionär«, als »Einheitsgewerkschaft« oder als »Richtungsgewerkschaft« versteht. Dabei geht es im Organizing – beim DGB nicht anders als bei FAU oder IWW – darum, aktive Mitglieder zu gewinnen. Das mag nicht jedem Gewerkschaftsfunktionär oder Betriebsrat bewusst oder lieb sein, relevant ist aber: darum geht es jenen, die die Organizing-Projekte initiieren, ebenso wie jenen, die sie durchführen, den Organizer*innen selbst. Eine aktive Mitgliedschaft, die fähig ist, in den Betrieben etwas Rumms zu machen, gehört zur Grundidee: Die Mitglieder sollen sich zugehörig fühlen, indem sie selbst tätig sind. Mitglieder »werben« ist also nie Selbstzweck, ebenso wenig wie volle Gewerkschaftskassen, sondern es geht um die Herstellung von Handlungsmacht, konkret: um Kampffähigkeit, und noch konkreter: um Streikfähigkeit – eine Fähigkeit, die die FAU wie auch die zweite hierzu aktive syndikalistische Gewerkschaft, die IWW, nach wie vor trotz vorzuweisender Erfolge nicht hat.

Man gewinnt angesichts solcher und weiterer Kritik in genanntem Artikel manchmal den Eindruck, dass einigen Anarchosyndikalisten*innen das Klein-Klein des betrieblichen Alltags zu blöd ist, weil man gerade um das »große Ganze« kämpft. Das verrät einen romantisierenden Blick auf die Geschichte des Anarchosyndikalismus, deren Akteur*innen durch die schwarz-rote Brille betrachtet immer bewaffnet gegen den Faschismus kämpften oder auf dem Sprung zum revolutionären Generalstreik waren. Das hat wenig mit dem Alltag echter Arbeiter*innen heute wie damals zu tun. Arbeiter*innen sind nicht blöd und schlussfolgern: Wer es nicht auf die Kette bekommt, mich im Alltag zu unterstützen, der bekommt auch keine Revolution hin. Oder aber es bestehen berechtigte Zweifel daran, dass eine Revolution, die den Alltag ignoriert, im Sinne der Arbeiter*innen sein würde.

Wenn der Autor letztlich konstatiert, dass diese Art von Organizing nichts für Anarchosyndikalisten*innen sei, dann vergisst er: Es geht nicht darum, etwas zu übernehmen, was die Gewerkschaften des DGB vorgeben. Im Gegenteil, mit der Etablierung von Organizing haben die DGB-Gewerkschaften tief in die syndikalistische Werkzeugkiste gegriffen. Organizing – und zwar nicht eine andere Version des Orga-

nizing, sondern exakt das Organizing, wie es die Gewerkschaften des DGB anwenden – ist eine Methode aus dem historischen Werkzeugkoffer des Syndikalismus, verbunden mit syndikalistischen Vorkämpfern wie Joe Hill, William Foster und vielen anderen. Wenn ich die Welt verändern will, muss ich die Menschen suchen, die auch dazu bereit sind, das Mittel muss dem Zweck entsprechen. In Organizing-Deutsch: Aktion vor Funktion.

Und wie raus aus der Misere?

Eine Organisation mit transformativem Anspruch – eine gewerkschaftliche zumal – kann es sich nicht erlauben, auf Wachstum zu verzichten. Die FAU steht mit ihrem Wachstum des vergangenen Jahrzehnts wieder vor der in der Weimarer Republik aufgeworfenen Frage »Sekte oder Kampforganisation?«² Will die FAU linientreu oder erfolgreich sein?

Letzteres heißt nicht, sich kritiklos an die deutschen Einheitsgewerkschaften anzubiedern, es gibt Zwischenwege. Einen habe ich vor zwei Jahren formuliert, einen weiteren Holger Marcks.³ Karl Heinz Roth hat kürzlich in eine ähnliche Richtung argumentiert: »Wenn wir hier über die Organisationsfrage sprechen, dann wäre es wünschenswert, wenn die FAU ihre alte syndikalistische Tradition ein Stück weit aufbricht und zu neuen Ufern strebt. [...] [I]ch denke, es ist nicht sinnvoll, das ganze durch formelle Mitgliedschaften usw. so abzukapseln, dass sich eine unnötige Distanz zu den flüssigen Prozessen im Proletariat entwickelt. [...] Ich denke, wir müssen auf der einen Seite eine lokale Form von Selbstorganisation, nicht hierarchisch, offen, ohne Dogmatismus, ohne Ideologie und mit gleichberechtigten Beziehungen zwischen den Geschlechtern starten, die klassenkämpferisch orientiert ist, und dann eine Basisstruktur aufbauen, um bei allen lokalen Konflikten präsent zu sein.«⁴

Das ist der zentrale Punkt von transformativem oder linkem Organizing. Wie die Zukunft syndikalistischer Organisationen aussieht, kann nur in einem basisdemokratischen und durch die Praxis angeleiteten Prozess entschieden werden. Das ist eben kein als Konsens verkleidetes Veto-Recht einer ideologischen »alten Garde«. Der Syndikalismus ist nur deswegen bis heute nicht ausgestorben, weil er immer eine »Philosophie der Tat« war, und das heißt auch, sich strategisch gesellschaftlichen Veränderungen anzu-

passen. Was Syndikalismus letztlich ist, steht nicht in historischen Büchern irgendwelcher Theoretiker*innen, sondern das entscheiden die Arbeiter*innen in den Fabriken, Lagerhallen und Großraumbüros – und auch in der Reproduktionsarbeit zu Hause und auf der Straße.

¹ <https://direkteaktion.org/verteilzeitung-mai-organizing/>

² Die historische Debatte ist dokumentiert in: barrikade. Streitschrift für Anarchosyndikalismus, Unionismus und revolutionären Syndikalismus. Nr. 2/2010.

³ Bewernitz, Torsten: Syndikalismus und neue Klassenpolitik. Berlin 2019; Marcks, Holger: Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 1 bis 3 (Teil 4 harrt der Veröffentlichung) auf direkteaktion.org.

⁴ Roth, Karl Heinz: Die Leute ernst nehmen, die es wagen, in den Konflikt zu gehen. In: Hendrik Lackus/ Olga Schell: Mall of Shame. Kampf um Würde und Lohn. Rückblicke, Hintergründe und Ausblicke. Berlin 2021, S. 128-142. Hier: S. 137f.

Torsten Bewernitz ist Redakteur bei »express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit« mit diverser Gewerkschaftserfahrung.

ANZEIGE



iz3w

Was bleibt?
30 Jahre Zerfall Jugoslawiens

Außerdem:
Eskalation in Mosambik |
Japan nach Fukushima |
Militärgewalt in Myanmar

48 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Foto: FAU

Die Selbst-Kontrolleure

In der Union Coop Föderation schließen sich Kollektivbetriebe aus ganz Deutschland zusammen. Ihr Ziel ist die solidarische Vernetzung untereinander - und die Selbstkontrolle in Zusammenarbeit mit der Basisgewerkschaft FAU.

EMMELIE ÖDEN, NEUSTADT/WEINSTRASSE

Solidarisch, hierarchiefrei, gleichberechtigt – so stellen sich die meisten von uns einen Kollektivbetrieb vor. Ein bisschen richtiges Leben im Falschen, eine Mikro-Utopie im Kapitalismus. Doch wer schon einmal näher mit Kollektivbetrieben zu tun hatte, weiß auch: Das stimmt so nicht ganz. Denn auch Betriebe, die Gleichheit und Transparenz zu ihren höchsten Zielen erklären, erreichen diese natürlich nicht immer. Deshalb organisieren sich manche Kollektivbetriebe in der Basisgewerkschaft Freie ArbeiterInnen Union (FAU) und schließen sich in der Union Coop Föderation, kurz UCF, zusammen.

Aus Prinzip kollektiv

Die Idee der UCF ist es, zu gewährleisten, dass Kollektivbetriebe auch tatsächlich das sind, was sie sein wollen. Nämlich Betriebe, die zum einen im Besitz ihrer Belegschaft, also der KollektivistInnen sind, und in denen zum anderen alle KollektivistInnen gleichberechtigt sind in Bezug auf Löhne und Entscheidungen. Um das zu erreichen, hat die Union Coop sieben Prinzipien für ihre Mitgliedsbetriebe erarbeitet: Die Betriebe sind in Belegschaftshand, basisdemokratisch organisiert, verpflichten sich zur Transparenz, zu Gleichbehandlung in der Entlohnung, sind solidarisch mit der arbeitenden Klasse, wirtschaften möglichst solidarisch und ihre Belegschaften sind mehrheitlich in der FAU organisiert.

Weniger als Ideale denn als Mindeststandards gedacht, sollen die Prinzipien den Mitgliederbetrieben Orientierung bieten und sind, soweit in der Praxis umsetzbar, Voraussetzungen für die Mitgliedschaft. Fine von Educat, einem Kollektiv von BildungsreferentInnen, das seit seiner Gründung 2019 in der Union Coop organisiert ist, schätzt genau das: »Die Union Coop hilft uns perspektivisch, einen noch faireren Betrieb zu bilden, der nicht auf Selbstausbeutung basiert.« Denn auch dafür stehen die Prinzipien der UCF: Für eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen.

Für ihre Mitgliederbetriebe ist die UCF aber noch mehr als ein Instrument der Selbstkontrolle, nämlich ein solidarisches Netzwerk. Die Betriebe beraten und schulen sich gegenseitig, kaufen und verkaufen Waren gesammelt und profitieren von einem gemeinsamen Auftritt in der Öffentlichkeit. Vor allem der Austausch mit anderen Kollektivbetrieben war für das Educat Kollektiv ein Grund, sich der Union Coop anzuschließen, verrät Fine. Auch heute profitiert Educat von der UCF vor allem als eine Art Plattform, die neben der Vernetzung eine höhere Bekanntheit insgesamt ermöglicht. Die Initiative zur UCF, erinnert sich Hansi Oosting, begann 2012 in der FAU Berlin. Hansi, der seit etwa 25 Jahren Mitglied der Berliner Gewerkschaft



▲ Kaffee aus dem gewerkschaftlichen Kollektiv

Foto: Union Coop

ist, wollte mit der Union Coop vor allem eine Antwort auf die Frage geben, was ein FAU-Kollektivbetrieb ist. Die ursprüngliche Idee war es sogar, eine Art Siegel zu schaffen, um die Einhaltung bestimmter Prinzipien transparent zu machen, aber auch um einen Anreiz hierfür zu schaffen. Als 2016 die Webseite union-coop.org online ging, war die Föderation noch auf Berlin beschränkt, bevor nach und nach Mitgliederbetriebe aus ganz Deutschland dazukamen.

Aktuell sind rund zehn Betriebe in der Union Coop organisiert, darunter die Kaffeerösterei Flying Roasters aus Berlin, das BauKo Baukollektiv aus Marburg und der Berliner Veganladen Dr. Pogo. Darüber hinaus sei die Union Coop recht bekannt in der Szene der Kollektivbetriebe, schätzt Hansi. Es gebe zumindest »einen Haufen Anfragen.« Warum konnte die UCF trotzdem bisher nicht mehr Betriebe von ihrem Konzept überzeugen? »Vor allem ältere Betriebe haben oft wenig Lust, ihre Autonomie aufzugeben und betrachten – auch aus eigener Erfahrung – solche Vernetzungsversuche mit einer gewissen Skepsis«, erklärt Hansi die Situation. Viele können oder wollen die Prinzipien auch nicht erfüllen. Neue Betriebe haben hingegen in der Aufbauphase häufig wenig Zeit und Kapital. Dies führt dazu, dass sie sich nicht wirklich über den Betrieb hinaus engagieren können und selbst oft unter Bedingungen arbeiten, die mit den Prinzipien der UCF nicht zusammengehen.

Startkapital der anderen Art

Dabei kann die Union Coop gerade in der Gründungsphase eine große Hilfe sein, wie Robin, Sandra und Till vom ACS Copy Service erfahren haben. Das Copyshop-Kollektiv hat sich Anfang 2021 in Bonn gegründet und ist der jüngste Zuwachs der Union Coop Föderation. »Ohne die Union Coop wäre die Gründung, glaube ich, ganz anders gelaufen«, meint Robin. Für die drei war von Anfang an klar, dass sie ihren Betrieb kollektiv verwalten wollen – aber nicht, wie das rechtlich überhaupt funktioniert. Deshalb war vor allem die Frage nach der Gesellschaftsform zentral. Hier, sowie bei weiteren bürokratischen Baustellen – etwa Versicherungen, Verträgen oder dem Betriebsstatut – konnten die anderen Union Coop-Betriebe weiterhelfen oder vermitteln.

Auch aus finanzieller Sicht war die Mitgliedschaft schon im Gründungsprozess hilfreich. Denn mit der Föderation als Back-Up konnten die drei Neu-KollektivistInnen Vertrauen bei privaten Kreditgebern schaffen. So war klar, dass sie es mit der Selbstbezeichnung Kollektivbetrieb ernst meinen, was einigen Geldgebern

sehr wichtig war. Für ACS ist die Mitgliedschaft »wie eine Absicherung, dass der Betrieb wirklich kollektiv geführt wird.«

Verbindung zwischen FAU und UCF

Geht es um die Absicherung, kommt die Basisgewerkschaft FAU wieder ins Spiel. Bei der Aufnahme eines neuen Betriebs wendet sich dieser an das örtliche Syndikat – im Falle von ACS die FAU Bonn –, das die Aufnahme bestätigt. Dabei können die Betriebe als Organisation aus rechtlichen Gründen kein Mitglied in der Gewerkschaft sein, die einzelnen MitarbeiterInnen hingegen schon. Um die gewerkschaftliche Organisation, einer der Grundgedanken der Union Coop, zu gewährleisten, besagt ein Prinzip der Föderation, dass mindestens 50 Prozent der Belegschaft Mitglied der FAU sein muss. (Wobei aktuell darüber diskutiert wird, diese Voraussetzung etwas zu entschärfen und auch FAU-Betriebsgruppen oder andere Basisgewerkschaften geltend zu machen.) Zudem ist ein Sekretariat in der UCF für den Austausch mit der FAU zuständig. Doch trotz der Zusammenarbeit ist die Union Coop weder eine offizielle Sektion der Gewerkschaft, noch wendet sie sich ausschließlich an FAU-Mitglieder. Sie profitiert aber vom Netzwerk der FAU und teilt nicht zuletzt auch deren ideelle Wertevorstellungen und Ziele.

Durch die Kooperation mit der FAU ist die Union Coop wenigstens in Deutschland einzigartig: Sie vereint die Kollektivwirtschaft mit der gewerkschaftlichen Organisation – und veranschaulicht diese Zweigleisigkeit im besten Sinne auch im Namen: Union für Gewerkschaft, Coop für Kooperative.

»Zeit heißt nun mal Geld«

Neben dem FAU-Sekretariat gibt es ein Kassen- und ein Koordinierungs-Mandat, alle ehrenamtlich und von den MitarbeiterInnen der Betriebe besetzt. Zudem trifft sich monatlich der Föderationsrat mit jeweils einem/r Delegierten pro Betrieb; jährlich findet das Föderationstreffen mit allen Mitgliedern statt. Genauso wie in den Kollektiven, ist die Struktur der UCF föderalistisch und basisdemokratisch. Das Problem dabei: »Es fehlt immer an Ressourcen, an Zeit und an Leuten, die was machen«, erklärt Hansi, der aktuell für die Koordinierung zuständig ist. Deshalb arbeitet die UCF an Konzepten, um zumindest die Arbeit der Sekretariate zukünftig bezahlen zu können. Der Idee von Basisdemokratie stehen die bezahlten Posten dabei nicht entgegen, die Betriebe »arbeiten ja auch

nicht ehrenamtlich« und die Vernetzung bringt ihnen schließlich einen wirtschaftlichen Vorteil, findet Hansi. Fine vom Educat Kollektiv sieht das ähnlich. Es sei vor allem die zeitliche Belastung, die die Mitgliedschaft manchmal erschwert – und im Betrieb »heißt Zeit nun mal Geld.«

Deshalb wünscht sich Fine auch neue Kollektive, die der UCF beitreten und Aufgaben übernehmen. Denn die Liste an Ideen für sinnvolle Projekte ist lang: Gemeinsames Marketing wie etwa auf Messen; Kollektiv-Patenschaften für noch bessere Betreuung neuer Betriebe; oder auch Fonds, die den Betrieben durch finanziell schwierige Phasen helfen. Einen großen Schritt in Richtung solidarische Ökonomie – das langfristige Ziel, das wohl alle Kollektivbetriebe eint – würde die Union Coop mit interner Wirtschaft, also gegenseitigen Aufträgen und Kooperationen, machen. Im Kleinen wird das bereits umgesetzt, wenn etwa den Druck für eine FAU-Broschüre der ACS Copy Service erledigt. Die GenossInnen aus Bonn denken aber noch weiter, zum Beispiel an einen UCF-Betrieb, der Recyclingpapier herstellt und den Copyshop direkt beliefert – »Das wäre mega geil!«, malt sich Robin aus.

Ein Ansatz für solidarisches Wirtschaften ist auch der Webshop, den die UCF nach viel Vorbereitung mittlerweile betreibt. Darin finden sich neben Merchandising sowohl Produkte der Mitgliederbetriebe – zum Beispiel Kaffee der Flying Roasters – als auch befreundeter Initiativen aus Deutschland oder dem Ausland. Etwa die Reinigungsmittel von Vio.Me aus Griechenland oder den Tee von Scop Ti aus Frankreich, beides von der Belegschaft übernommene Betriebe, findet man im Shop. Beim Vertrieb der Produkte schließt sich übrigens der Kreis, den übernimmt nämlich der Kollektivbetrieb Dr. Pogo. Auch das Projekt Kollektivbörse wird – noch im kleinen Rahmen – bereits umgesetzt. Hier können die Betriebe und (angehende) KollektivistInnen einander finden oder Gesuche und Angebote von Räumlichkeiten veröffentlichen.

Und wenn all diese Projekte mal umgesetzt sind, hat die Union Coop dann ihr Ziel erreicht? Nein, stellt Hansi entschlossen fest. Es sei gar nicht ihr Ansatz, dass jede/r einen Kollektivbetrieb gründet. Die UCF sieht sich vielmehr als Teil einer breiteren Bewegung. Das langfristige Ziel, eine solidarische Wirtschaft, könne nur das Ergebnis von Zusammenarbeit sein und hier sei auch die Übernahme von Großbetrieben ein wichtiger Schritt – für den es dann wiederum eine basisdemokratische Gewerkschaft wie die FAU braucht.

Link: union-coop.org

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien



Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kaffee Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de

DAS INTERNATIONALE KOMITEE DER FAU

Solidarität darf nicht an nationalen Grenzen enden

Die FAU versteht sich als revolutionäre und anarcho-syndikalistische Basisgewerkschaft. Anders als viele andere Gewerkschaften haben wir keine Funktionär*innen, sondern organisieren uns als Basis selbst. Schon als die Bewegung entstand, gab es Bestrebungen, sich über Landesgrenzen zu vernetzen. Die internationale Arbeit ist ein grundlegender Gedanke der Gewerkschaft. Das Internationale Komitee ist in der FAU für die Außenkontakte zuständig.

BERTA BELLONA, INTERNATIONALE SEKRETÄRIN IN DER FAU

Wir gehen davon aus, dass indirekt oder direkt Lohnabhängige sich jenseits von Unterschieden in ihrer sozioökonomischen Lage verbinden können und müssen, wenn den globalen unterdrückenden ökonomischen Bedingungen etwas entgegengesetzt werden soll. Aus diesem Grund ist die FAU an internationalen Kontakten sehr interessiert. Aufbau und Pflege von Kontakten zu gewerkschaftlichen Organisationen auf internationaler Ebene sind ein wichtiger Teil unseres praktischen Selbstverständnisses. Auf diesem Weg erfahren wir von Soli-Aktionen, bei denen wir uns beteiligen können oder tragen zur Vernetzung und Kooperationen von Lohnabhängigen innerhalb derselben Wertschöpfungskette oder desselben Unternehmens bei. Das erhöht die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen erheblich und hat auch ermutigende Wirkung für zukünftige Kampagnen. Außerdem kann nur durch solchen Austausch der Mobilität vieler Arbeiter*innen über Grenzen hinweg Rechnung getragen werden. Durch einen intensiven Austausch mit anderen Basisgewerkschaften können gemeinsame Handlungsmöglichkeiten gegen unterdrückende ökonomische Bedingungen entwickelt werden.

Transnational vernetzt

Internationale Anfragen an die FAU und Kontakte in verschiedene Regionen laufen in der Regel über das Mandat des Internationalen Sekretariats (I-Sek). Es soll internationale Kontakte der FAU aufbauen und pflegen und koordiniert die Kontaktpersonen in die jeweiligen Regionen. Diese Gruppe aus Kontaktpersonen heißt Internationales Komitee (IK). Konkreter bedeutet das, dass sich I-Sek und das IK regelmäßig treffen und besprechen, was es Neues aus den Regionen gibt, wo gerade revolutionäre Bewegungen passieren und was wir tun können, um unsere Solidarität zu zeigen. Zum Beispiel durch die Unterstützung von Aktionen,

Wut und Freude, oder: was uns antreibt

»Es sieht manchmal nicht danach aus und kleinere Soli-Aktionen fühlen sich zwischen durch wirkungslos an, aber sie machen für Betroffene einen riesengroßen Unterschied. Wenn sich Gruppen oder Personen aus drei, vier Ländern mit Fotos, Transpits, Protestmails usw. gegen deine Kündigung einsetzen, ist das ein überwältigendes Gefühl. Die Freude der Betroffenen mitzubekommen ist eine große Motivation für eine Mitarbeit beim IK.«
(Johnny, Kontaktperson für Schweden)

»Das kapitalistische rassistische Patriarchat verbindet Menschen auf der ganzen Welt auf hässliche Arten und Weisen. Es setzt uns in Konkurrenz- und Warenbeziehungen zueinander. Ich möchte mich daran beteiligen, dem etwas anderes entgegenzusetzen und andere Beziehungen zu knüpfen. Das Knüpfen bringt mich zum Beispiel der Textilbranche: Diese Klamotten, die die Näher*innen in Bangladesch herstellen, kommen hier im H&M, Zara, Primark an, wo sich die deutschen Kund*innen dann darüber freuen, wie schön billig die sind. Wer die eigentlich unter welchen Bedingungen hergestellt hat, ist meist unsichtbar. Die Unternehmen und deren Lohnkosten-Abwägungen sind transnational, dann sollten es auch die Kämpfe sein. Ich hab keinen Bock auf die Emanzipation nur deutscher Arbeiter*innen auf Kosten anderer. Ins IK gebracht haben mich letztes Jahr die Streiks und Blockaden gegen die Rentenreform in Frankreich. Dort zu sein hat mich beeindruckt und ich will, dass wir von denen lernen.«
(Rosa, Kontaktperson für Frankreich)



▲ Ein Delegierter der FAU (links) auf einer internationalen Konferenz im Februar 2020 von zu meist südostasiatischen Basisgewerkschaften in Colombo (Sri Lanka), um im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie sich gegenseitig zu unterstützen
Foto: FAU

Verbreiten von Informationen, Sammeln von Spenden, Verschicken von Soli-Botschaften, Übersetzungen. Die Online-Treffen des Internationalen Komitees mit den I-Sek fanden im letzten Jahr ungefähr alle sechs Wochen statt. Kontaktpersonen aus der FAU, die ein Mandat im IK haben, decken die Regionen bzw. Länder Nordostsyrien, Schweden, Asien, Frankreich, Griechenland und Polen ab.

Das IK betreut also freundschaftliche, teilweise lose oder kurzfristige Kontakte von Gewerkschaftsmitgliedern der FAU zu Gewerkschaftsmitgliedern anderer Gewerkschaften. Darüber hinaus ist die FAU aber auch Mitglied in der International Confederation of Labour (Internationale Konföderation der Arbeiter*innen). Weitere feste Mitglieder der Internationalen sind Gewerkschaften aus Griechenland (ESE), Spanien (CNT), Italien (USI), Kanada/USA (IWW), Argentinien (FORA) und Polen (IP).

Unser Austausch mit der polnischen Gewerkschaft IP (Inicjatywa Pracownicza) ist ein gutes Beispiel für unsere praktische Arbeit. Als im Oktober letzten Jahres das faktische Abtreibungsverbot in Polen verkündet wurde und dort wieder feministische Massenproteste und Streiks losgingen, konnten wir schnell reagieren. Unser Polen-Beauftragter konnte uns durch seinen Draht zur IP und seine Sprachkenntnis schnell (und immer wieder) Informationen übermitteln. Die wurden wiederum mit Infos aus persönlichen, freundschaftlichen, anarch@-queeren, auch gewerkschaftsfernen Kontakten anderer IK-Mitglieder angereichert. Wir schrieben als IK ein Statement mit dem Titel »Reproductive rights are workers' rights!« und schickten es über die Grenze, später im Februar folgte eine weitere Solibotschaft, die in der IP verbreitet wurde. Unsere Infos und Kontakte konnten auch in lokalen FAU-Syndikaten genutzt werden, beispielsweise in Dresden. Dort wurde unser Statement auf einer Spontankundgebung auf polnisch verlesen und erzeugte kämpferische Reaktionen. Weiterhin gab es zum 8. März einen musikalischen Soligruß an Feminist*innen und Queers in Polen sowie einen entsprechenden Redebeitrag auf dem Streikposten an der Elbe, der lautstärketechnisch die paar Kilometer bis nach Wrocław überwunden hat. So ist es möglich, dass die Überlegungen, Forderungen und Kämpfe der polnischen Freund*innen uns inspirieren, trotz der Unmöglichkeit persönlicher Treffen.

Anhand der feministischen Streik-Vernetzung werden aber auch Schwierigkeiten internationaler Vernetzung deutlich. Gleich beim

Gründungskongress 2018 hat die Internationale Konföderation der Arbeiter*innen (IKA) beschlossen, als feministische Internationale die Streikbewegungen rund um den 8. März zu unterstützen. Damals waren alle noch frisch beeindruckt vom Riesenstreik in Spanien. Die internationale feministisch-gewerkschaftliche Vernetzung steckt aber noch in den Kinderschuhen und an gemeinsame Streikabsprachen zum 8. März war bislang noch nicht zu denken. Bestenfalls bekommen wir irgendwas davon mit, was die anderen tun. Gerade in der Pandemie, wo vorhandene Ressourcen zum bloßen Struktur-Erhalt und zur Selbstsorge gebraucht werden, konnten wir das noch nicht vorantreiben. In diesem Jahr bekamen die verschiedenen FAU-Syndikate selbst untereinander nicht mit, was geplant wurde. Das liegt auch an der Pandemie, aber nicht nur daran.

Herausforderungen internationaler Vernetzung und Zukunftsideen

Das Problem ist, dass internationale Vernetzung politisch Aktiven auf lokaler Ebene oft wie eine Art »Zusatz« vorkommt, den mensch noch schafft, wenn es Zeit- oder Energiepuffer gibt. Sie ist noch nicht genug in unseren Gewerkschaftsalltag eingebunden. Und wenn sich Mitglieder explizit für internationale Arbeit interessieren, sind es meistens Männer. Ein weiteres Problem ist, dass wir selten mehrsprachig arbeiten. Das würde mehr Mitglieder mit direkten internationalen Kontakten anziehen. Eine Internationalisierung lokaler gewerkschaftlicher Kämpfe würde da, wo sie Sinn macht, große Lerneffekte bedeuten. Das ist in Sachen (feministischer) Streik in Deutschland wirklich nötig. Oft kommt das Thema erst ein paar Wochen vor dem 8. März auf und dann wird eben nicht mehr viel geschafft. Und so erscheint auch Feminismus in der Praxis an vielen Stellen als Zusatzthema. Zwar sind sich alle über den klaren feministischen Anspruch einig, dennoch müssen wir immer wieder dafür kämpfen, Geschlecht als notwendige grundsätzliche Perspektive auf Arbeit zu verstehen. Der 2017 gegründete bundesweite Arbeitskreis fem*fau und eine vor kurzem gegründete Selbstorganisation von trans- und inter-Mitgliedern schafft einen Raum, in dem Erfahrungen ausgetauscht und ggf. kollektiv beantwortet werden können. Basisdemokratische Strukturen und ein herrschaftskritischer, feministischer Anspruch sind jedenfalls gute Voraussetzungen, Missstände zu benennen und zu verändern. Deshalb sind wir

in der FAU, und nicht in einer Gewerkschaft des DGB. Ein schöner Ausblick wäre die Gründung einer feministischen Arbeitsgemeinschaft in der IKA.

» Make Rojava Green Again «

Ein weiterer Schwerpunkt unserer internationalen Kontakte ist Nordostsyrien. Wir verfolgen die revolutionäre Bewegung in Rojava mit Anteilnahme und haben unter anderem die Kampagne »Make Rojava Green Again« (CONTRASTE berichtete in Ausgabe Nr. 412, Januar 2019) unterstützt. Durch Kontakte in die Region erfahren wir regelmäßig und direkt über dortige Geschehnisse.

Sich für die kommenden Pandemie-Monate weiter zu motivieren, ist nicht immer leicht. Schön ist, dass wir nach dem Kongress der FAU im Mai neue Mandatierte erwarten und dass erstmals eine Delegation der zapatistischen Bewegung aus Chiapas/Mexiko zu Besuch kommt. Auf diesen Austausch und die Vernetzung freuen wir uns, sowie auf Austausch und Vernetzung mit allen kämpferischen Gewerkschaften, die sich gegen Kapitalismus, Staat und Patriarchat organisieren wollen!

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

DIE SCHWARZ-ROTEN BERGSTEIGER_INNEN

» Weil das Leben aus mehr als aus Lohnarbeit besteht «

Die Schwarz-Roten Bergsteiger_innen (SRB) sind eine politische Freizeit- und Bildungsorganisationen, die seit 2015 in einem der rechts-geprägtesten Landkreise Deutschland gegen den Strom schwimmen - und dabei sind sie äußerst erfolgreich.

STEFF BRENNER, DRESDEN

Dresden angeschlossen. Seit 2015 betreiben sie eigene Hütten, die sie gegen Spende linken Aktivist*innen und emanzipatorische Arbeiter*innen für Urlaube und Klausuren zur Verfügung stellen. Sie organisieren politische Führungen durch die Region, bringen mal legal, mal illegal Gedenkplatten zur Erinnerung an Verbrechen und Widerstand im Nationalsozialismus an. Sie bilden sich gegenseitig in Sachen Bergsport und Naturschutz weiter, sind Pate für einen Klettergipfel im Gebiet, räumen gemeinsam Müll aus dem Nationalpark, organisieren aber auch antifaschistische Konzerte und bemühen sich in jahrelanger Kleinarbeit um Kontakte zu antifaschistisch eingestellten Menschen im Landkreis und bringen diese dann zusammen.

Was sie eint, ist die Liebe zur Natur und den Bergen, aber eben auch die Vision von einer Gesellschaft ohne Lohnarbeit, ohne Profitlogik, ohne Fremdbestimmung und ohne Nazis. Aus diesem Grund sind sie nicht zufällig in der FAU, wie Kim, eines der Mitglieder berichtet: »Viele sind oft erstmal verwundert, was unsere Arbeit hier mit revolutionärer Gewerkschaftsarbeit zu tun haben soll. Die Antwort ist: Eine Menge! Zum einen wissen wir, dass wir für eine Umgestaltung der Gesellschaft basisdemokratische, weltweite Strukturen brauchen, ein revolutionäres Konzept und konkrete Pläne für die Umgestaltung der Wirtschaft. Das verwirklicht aktuell für uns am besten die FAU. Zum anderen ist es aber auch viel alltäglicher: Viele von uns, die sich ihr Leben am Fels gegenseitig anvertrauen, haben sich auch schon in der Kette vor dem wütenden Nazi-Mob oder am Streikposten ihre Existenz anvertraut. Gegenseitiges Vertrauen ist ein Schlüssel für revolutionäre Politik - und Kraft tanken können. Viele von uns wären ohne die Hütten hier draußen, ohne das gemeinsame Bauen, die Sommernachmittage im Heidekraut sicher schon ausgebrannt oder fänden in ihren Lebensumständen keine Zeit für revolutionäre Politik. Aber durchatmen müssen wir alle mal, das Leben besteht aus mehr, als aus Lohnarbeit. Und bei der Fahrt im Zug zum Gipfel oder bei der Kaffee-Pause beim Baueinsatz, finden auch



▲ Sozialrevolutionär Ausflug in malerischer Landschaft

Foto: SRB

Leute die Zeit, über die Arbeit zu reden oder die Anträge auf dem nächsten Bundeskongress, die es sonst zu keinem Plenum schaffen würden.«

Diese Erkenntnis ist nicht neu, auch die Vorgänger-Organisationen der FAU, die FAUD kannte in den 1920er Jahren, wie die meisten Organisationen der Arbeiter*innenbewegung, eine Vielzahl von Kultur und Sportvereinen. So stellen sich die SRB auch nicht zufällig und dafür aber ein wenig augenzwinkernd mit ihrem Namen in die Tradition jener antifaschistischen Bergsteiger*innen, die während der NS-Zeit in der Region Menschen über die Grenze retteten und illegale Literatur ins Land hinein schmuggelten.

Damals wie heute ist die Idylle, die einem im Elbsandsteingebirge entgegen schlägt, ambivalent. Hinter den Fassaden der Fachwerk-Häuschen, in den verwunschenen Industrie-Ruinen, in den engen Tälern und den Drei-Seiten-Höfen verstecken sich nicht wenige Treffpunkte, Online-Shops, Kneipen und Waffenkammern organisierter Nationalsozialist*innen. Die NPD holte hier in manchen Dörfern zu besten Zeiten über 25 Prozent der Stimmen, AfD und NPD zusammen kamen im malerisch gelegenen Rathmannsdorf noch zur Europa-Wahl 2019 zusammen auf 46 Prozent der Stimmen.

Auf die Frage, ob es nicht absurd ist, sich gerade hier anarchistisch zu organisieren, grinst der

Bergsteiger, der vor mir im Sonnenschein bei einer Tasse Kaffee auf der Felsnase sitzt: »Es gibt hier viele sehr schlimme und menschenverachtende Leute, aber auch viele wunderbare Menschen, die von einander nichts wissen. Vielleicht machen wir ihnen ja Mut, aus der Deckung zu kommen und den Mund aufzumachen. Fest steht: Wenn wir hier anarchosyndikalistische Strukturen aufbauen können, dann können wir es auch überall sonst.«

Die Themenschwerpunkte der politischen Arbeit vor Ort sind dabei durchaus andere, als die bei der syndikalistischen Arbeit in der Stadt. Betrieblich ist die Region zu großen Teilen von Kleinbetrieben (Handwerk, Tourismus, Gastronomie) oder Staatsbetrieben (ÖPNV, Sachsenforst, Nationalparkverwaltung) geprägt, die Betriebe sind oft kleinteiliger, oft mit familiären Verflechtungen. Arbeitskämpfe können hier für die Beschäftigten sehr große soziale Folgen haben. Gleichzeitig ist die Region noch stark von Wohneigentum geprägt. »Unsere Ansatzpunkte sind daher oft näher an der kommunalistischen Agenda; die Leute haben Interesse an Kollektivbetrieben, dem Miethäusersyndikat, lokaler Mit- und Selbstbestimmung, der Zukunft ihrer Dörfer. Es geht um mangelnde kulturelle Einrichtungen, fehlende Treffpunkte aber natürlich auch um Probleme mit Nazis und in den

letzten Jahren auch immer mehr um Klima- und Umweltschutz«, sagt Kim.

Für die nächsten Jahre haben sie viel vor, die einzelnen Arbeitsfelder sollen Stück für Stück zu selbstständigen AGs ausgeweitet werden, mit dem Miethäusersyndikat zusammen wollen sie ein libertäres Zentrum als Anlaufpunkt für öffentliche Veranstaltungen aufbauen. »Wo wir Veranstaltungen machen, tauchen schnell mal zehn bis 15 Neo-Nazis auf und die sind gut vernetzt. Deswegen können wir unseren Partner*innen öffentliche Veranstaltungen schwer zumuten und brauchen eigene Räume.« Langfristig soll sich daraus vielleicht ein Kultur- und Sportbund entwickeln - und eigenständige syndikalistische Strukturen im Landkreis. Ein anderer Teil der FAU Dresden geht mit dem Aufbau von Strukturen abseits der Großstädte bereits voran, seit 2020 besteht eine Sektion Erzgebirgskreis.

Link: <https://srb.fau.org>Kontakt: akfreizeit@riseup.net

Spendenmöglichkeit:

Allgemeines Syndikat Dresden

IBAN: DE11 8306 5408 0004 8128 91

BIC (SWIFT-Code): GENODEF1SLR

Kreditinstitut: VR-Bank Altenburger Land EG

Verwendungszweck: SRB

ANZEIGEN

Z Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 32. JG
Nr. 126, Juni 2021, 256 Seiten

Kritik des Intersektionalismus
Lütten/Bernhold/Eckert - *Kritik des Intersektionalismus* / Wallis - *Politisches Primat der Klasse* / Hezel/Güßmann - *Klassismus* / Prasad/Choonara - *Privilegientheorie* / Roldán Mendivil/Sarbo - *Rassismus, Identität und Marxismus* / Gimenez - *Kapitalistische soziale Reproduktion* / Lucht/Steinrück - *Was macht die Klasse mit dem Geschlecht?* / Stache - *Marxismus-Intersektionalismus?*

Lukács 1885 - 1971:
Dannemann - *Umwege und Paradoxien der Rezeption* / Pelzer - *Kritik der faschistischen Ideologie* / Göcht - *Lukács und das Naturschöne*

Marx-Engels-Forschung:
Lietz/Schwarz - *Wert, Austausch und Neue Marx-Lektüre (II)* / Lotter - *Marx über Meinungs- und Presse-Freiheit*

Und: Adolph/Kopf/Wemheuer/Elsner/Kronauer/Wahl - *VR China und Veränderungen ihrer Gesellschaftsordnung* / Müller/Kilroy - *Streikmonitor 2020* / Czitrach-Stahl/Müller - *Literaturbericht Liebknecht* / Wiegel - *Faschismusforschung* / Kosing - *Lenin und die Theorie des Sozialismus (III)*

Sowie: Kommentare; Diskussion - Kritik - Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.)
Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bez. über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
- e-mail: redaktion@zme-net.de

REZENSION

Arbeitskämpfe bei Lieferando, Foodora und Co.

Mit ihren würfelförmigen, quietschbunten Rucksäcken prägen die Fahrer*innen von Essenslieferdiensten wie Foodora oder Lieferando inzwischen das Bild der Großstädte. Das Buch »Riders Unite« gewährt einen Einblick in die Beschäftigungsverhältnisse und die daraus resultierenden Arbeitskämpfe dieser »Rider«.

HELENE JÜTTNER, BERLIN

Es geht um Arbeiter*innen der »Gig-Economy«: Mittels einer digitalen Infrastruktur handeln sie sich von Lieferauftrag zu Lieferauftrag, sind dabei meist prekär beschäftigt und nicht in betriebliche Zusammenhänge eingebunden. Robin De Greef zeigt am Beispiel der Kampagne »Deliverunion«, welche Schwierigkeiten Rider bei der Vernetzung haben. Einen besonderen Fokus legt er auf die unterstützende Rolle der Basisgewerkschaft FAU.

Die Einleitung erlaubt einen guten Einstieg ins Thema. Der Autor erläutert die grundsätzlichen Mechanismen von Plattform- und Gig-Economy, mit besonderem Augenmerk auf dem Informations- und Machtgleichgewicht zwischen Nutzer*innen und Betreiber*innen. Interessant ist hier die Tendenz, Arbeiter*innen nicht als Lohnabhängige sondern ebenfalls als Nutzer*innen zu betrachten. So lagern Gigwork-Plattformen die Kosten und Risiken der Beschäftigung an die Arbeiter*innen aus. Bei den Rüdern sind das unter anderem die Instandhaltung des Fahr-

rads und des Smartphones, sowie ein Handyvertrag mit mobilen Daten.

Die Schilderung des Arbeitsalltags ist spannend und gewinnt durch die eingeschobenen Interview-Zitate der Rider noch zusätzlich an Lebhaftigkeit. Die genaue Funktionsweise der koordinierenden App, die Vergabe der Schichtsysteme und die mannigfachen täglichen Probleme der Rider zeigen, wie komplex die vermeintlich einfache Transaktion der Lieferung werden kann.

Die Organisation der Rider verläuft dabei parallel zu ihrem Arbeitsalltag: Digital (über Messengerdienste und soziale Medien), flexibel (über wilde Streiks und zufällige Begegnungen), im urbanen Raum (der gleichzeitig auch Arbeitsplatz ist) und ohne längerfristige Verpflichtungen. Daran knüpft de Greef die lokale und unabhängige Arbeitsweise der Syndikate der FAU an und macht deutlich, warum deren syndikalistische Organisationsform geeignet ist, um die tendenziell isolierten Rider bei der Vernetzung zu unterstützen. Besonders interessant sind die dem Buch angehängten Dokumente. Die (eigentlich vertraulichen) Arbeitsverträge und Bonusvereinbarungen von Rüdern erlauben einen unverstellten Einblick in Tonalität und Konditionen der Beschäftigungsverhältnisse.

De Greefs Buch macht die Arbeitskämpfe von Menschen sichtbar, die wir zwar jeden Tag auf der Straße sehen können, deren prekäre Lage viele aber nicht interessiert - Hauptsache das Essen kommt an. Dieses Buch kann alle zum Nachden-

ken anregen, deren Pizza schon einmal in einem bunten Würfel durch die Stadt gefahren wurde.

Robin de Greef: *Riders Unite! Arbeitskämpfe bei Essenslieferdiensten in der Gig-Economy - Das Beispiel Berlin*; Die Buchmacherserei, Berlin 2020, 142 Seiten, 10 Euro



AUSSTELLUNG UND BUCH: BODEN FÜR ALLE

Wer plant die Raumplanung?

Die Ausstellungen im Architekturzentrum Wien (AzW) behandeln immer wieder die Frage, was Architektur und Planung zur Lösung der globalen Krisen beitragen können. War es 2019 »Architektur für einen Planeten in der Krise« (siehe CONTRASTE Nr. 425, Februar 2020), hat man sich im Coronajahr 2020 mit dem Thema »Boden für alle« auseinandergesetzt. Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz, hat sich in einer kurzen Öffnungsphase auf der Ausstellung umgesehen und die gleichnamige Publikation gelesen.

Das Thema Boden ist an nahezu allen sozialen Bruchstellen beteiligt, die durch die Coronakrise zutage getreten sind: sie spaltete die Bevölkerung »in jene mit Zugang zu Freiraum und die Eingesperrten. Die Mehrfachbelegung durch Homeoffice und Homeschooling verdeutlichte die Notwendigkeit von großzügigem, flexiblem Wohnraum für alle. Die Beeinträchtigung von globalen Lieferketten warf einen Scheinwerfer auf mangelnde regionale Ernährungssicherheit. »All dies ist eng mit dem Boden verknüpft«, heißt es im Vorwort des Buches. Seit der Finanzkrise sei das Kapital in »Betongold« geflüchtet, Investmentfonds träten an die Stelle von Bauherr*innen. Der Umgang mit dem Boden sei der Schlüssel für eine umweltschonende, gerechte und schöne Welt und die Raumplanung spiele dafür eine zentrale Rolle.

Die Uhr tickt

Betritt man den Ausstellungsraum, fällt der Blick als erstes auf eine Wand mit Bildschirmen, auf denen man in Echtzeit miterleben kann, wie viel Boden in Österreich versiegelt wird. Jede Minute werden 9,89 m² Straßen gebaut, pro Stunde 1,74 neue Gebäude mit nur ein bis zwei Wohnungen fertig gestellt, während gleichzeitig die landwirtschaftliche Fläche ebenso im Minutentakt kleiner wird, und zwar um 10,5 Hektar täglich. Man erfährt staunend, dass es in Österreich so viele Ein- und Zweifamilienhäuser gibt, dass bei einer Belegung mit vier bis fünf Personen alle Einwohner*innen Österreichs darin Platz hätten – und fragt sich, weshalb dann immer noch mehr Wohnsilos in den Städten errichtet werden müssen.

Die Eigentumsfrage stellen

Die Ausstellung ist in verschiedene Stationen gegliedert, wo man eine Definition des Begriffs »Boden« aus verschiedenen Perspektiven, etwa der Ökonomie, Architektur, Landwirtschaft, Ökologie ebenso findet, wie Bodenproben von verschiedenen Orten. Im Zentrum steht jedoch das Thema Eigentum an Boden und seine Auswirkungen. Die Ausstellung beginnt wie das Buch mit einem historischen Rückblick auf den Prozess, wie Boden zum Privateigentum wurde und sich die Vorstellung von Boden als Ware durchsetzte, von der Antike über das Lehenswesen des Mittelalters bis heute, wobei Bodenspekulation bereits vor 100 Jahren zum Problem wurde. Dabei wird auch nicht der Blick auf die Kolonialzeit ausgespart und in einem Exkurs die Sicht von indigenen Gesellschaften auf Grund und Boden vorgestellt.

Was es bedeutet, wenn Boden als Ware behandelt wird, wird an verschiedenen Beispielen mit anschaulichen Tafeln und Grafiken demonstriert. So ist es etwa möglich, in der Region von Kitzbühel durch Umwidmung von Grünland in Bauland einen Gewinn von fast 16.000 Prozent zu erzielen. Zwischen 2015 und 2018 sind die Bodenpreise um 76 Prozent gestiegen, während die Einkommen nur



▲ Wertvolle Ware: Die Bodenpreise sind in Österreich zwischen 2015 und 2018 um 76 Prozent gestiegen.

Foto: Johann Jaritz, Collage: Christina Kirchmair

Boden als Ware

um neun Prozent zunehmen. Längst wurden Boden und Immobilien von einer Ware zum Finanzinstrument. Ein großer Teil der Wohnungen wird nicht mehr gebaut, um darin zu wohnen, sondern als Kapitalanlage – was dazu führt, dass es trotz umfangreicher Bautätigkeit kaum noch möglich ist, leistbaren Wohnraum zu finden.

Im Zentrum der Ausstellung befindet sich eine Sitzzecke, die ganz aus »Boden«, nämlich einem neuartigen Baustoff aus Lehm, besteht. Dort kann man in Büchern blättern oder sich mit einem Monopolspiel unterhalten. So nebenbei erfährt man dabei, dass diesem Spiel sozialreformerische Ideen zugrunde lagen und es ursprünglich in zwei Versionen gespielt werden konnte. Eine, die bis heute bekannt ist, bei der es darum geht, Bodenmonopole zu schaffen und dafür Einnahmen zu lukrieren, bis die Mitspielenden pleite sind; eine zweite, in der mit einem egalitären Steuermodell experimentiert werden kann. Erhalten blieb leider nur die »kapitalistische« Variante.

Ausstellung to go

Das dazugehörige Buch folgt im wesentlichen der Gliederung der Ausstellung. In vier Kapiteln mit den Überschriften »Die Ware Boden«, »Wer plant die Raumplanung?«, »Oh, du mein Österreich« und »Andere Länder, andere Sitten« werden jeweils die Informationen der Ausstellung wiedergegeben. Der Mehrwert des Buches liegt also zum einen darin, dass man sich die zahlreichen und komplexen Informationen von der Ausstellung quasi mit nach Hause nehmen kann. Zum anderen bereichern die vertiefenden Texte, für die so bekannte Autorinnen wie Vandana Shiva oder Saskia Sassen gewonnen werden konnten. Im Unterschied zur Ausstellung, wo Modelle, die sich als Alternative zum Privateigentum an Grund und Boden bewährt haben, in den letzten Stationen versammelt sind, werden im Buch unter dem Titel »Gutes auf den Boden bringen« die positiven Beispiele am Ende jedes Abschnitts vorgestellt.

In diesem Abschnitt erfährt man Interessantes über das Zustandekommen von Bodenpreisen. Die starke Steigerung der letzten Jahre ist einerseits auf einen Rückzug der öffentlichen Hand zurückzuführen, andererseits auch auf die Finanzialisierung, das heißt, dass Immobilien als Geldanlage verkauft werden. Auch Pensionskassen und Versicherungen nutzen diese Anlageform vermehrt. Das kann zu dem Paradox führen, dass Mieter*innen mit steigenden Mieten zu kämpfen haben, während ihre Pension genau davon profitiert.

Zu Aufwertung von Boden oder Immobilien kann es auch durch Investitionen in der Umgebung kommen, die häufig durch die öffentliche Hand getätigt werden. Steigt durch öffentliche Investitionen der Wert eines Grundstücks, so muss der Besitzer – zumindest in Österreich – dafür nur einen geringen Betrag an Steuer bezahlen, während bei einer eventuellen Rückwidmung die öffentliche Hand dem Besitzer den ganzen ursprünglichen Wert als Entschädigung abgeltet muss. Grundsätzlich wird Eigentum an Boden steuerlich privilegiert, als Geldanlage für die letzten fünf Jahre hat Boden im Vergleich zum Sparbuch oder Gold die weitaus größte Rendite bei niedrigster Besteuerung abgeworfen.

Als Alternative zum Ausverkauf öffentlichen Bodeneigentums formulierten Bodeninitiativen in Basel zwei Forderungen: Der Kanton Basel solle Grundstücke nicht mehr verkaufen, sondern nur ein Baurecht vergeben und durch eine Abgabe auf den Mehrwert durch Wertsteigerungen soll der umwelt- und familienfreundliche Wohnbau gefördert werden. Der erste Vorschlag wurde bei einer öffentlichen Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Das Modell der Besteuerung von Wertanstiegen von Immobilien zum Zweck des Ausbaus öffentlicher Infrastrukturen hat sich in einigen Städten Kolumbiens durchgesetzt.

Raumplanung als Staatsaufgabe, so erfährt die Leserin, geht auf den Nati-

onalsozialismus zurück, ist aber nichts desto weniger, gerade bei knapper werdendem Boden und zunehmenden Interessenskonflikten von zentraler Bedeutung für einen sorgsam Umgang mit dem Boden. Bedürfnisse von Landwirtschaft, Wohnbau, Verkehr, Energieversorgung, Naturschutz, wirtschaftliche Interessen, wie etwa Tourismus müssen unter einen Hut gebracht werden. In Österreich ist die Zuständigkeit für Raumplanung »fragmentiert, nicht leicht zu durchschauen und trotzdem stark hierarchisch«. Die Zuständigkeit ist zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt, was zusätzlich zu Bundesgesetzen zu neun verschiedenen Landesgesetzen führt, die letztlich in den Gemeinden umgesetzt werden müssen. Da Bürgermeister*innen in den Gemeinden die oberste Bauinstanz sind, kommt es aus wahltaktischen Gründen auch immer wieder zu Gefälligkeitsentscheidungen, wie sie in der Ausstellung an Hand von drei Comics überspitzt dargestellt werden. In letzter Zeit haben sich jedoch auch oft kooperative Planungsprozesse etabliert, bei denen die Bevölkerung einbezogen wird.

So geht's auch

Einige interessante Beispiele für innovative Planung schließen diesen Teil ab. Da geht es einerseits um kreativen Umgang mit Altbestand, andererseits um Rückbau. Zweiteres zeigt die Stadt Seoul vor: Stadtautobahnen wurden abgerissen, um den darunter liegenden Fluss freizulegen, oder belassen, aber zu einer Erholungsfläche umgebaut. Der Verein Bodenfreiheit in Vorarlberg setzt die Kreativität der Zivilgesellschaft ein, um eine weitere Verbaugung von Grünraum zu verhindern, durch Aufkauf strategisch wichtiger Flächen oder durch ein eigens erfundenes »Gerecht«, das Recht, über einen Grund zu gehen und dadurch Verbaugung zu verhindern.

Als Modell für den Schutz von Boden durch Immobilienspekulation wird das habitat vorgestellt, die österreichische Variante des Miets-

häusersyndikats, verbunden mit einem grundsätzlichen Plädoyer für andere Wohnformen.

Blick über die Grenzen

Im letzten Abschnitt des Buches geht der Blick über die Grenzen Österreichs hinaus, zuerst nach Deutschland, wo im Grundgesetz festgehalten ist »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen«. Das bietet mehr Möglichkeiten zum Bodenschutz wie die österreichische Verfassung, in der es heißt »Das Eigentum ist unverletzlich«. Südtirol hat verschiedene Maßnahmen gesetzt, um das Horten von Bauland zu verhindern. Die Schweiz verfügt über ein Bundesgesetz zum quantitativen Bodenschutz, dass die Ernährungssicherheit garantieren soll.

Wollte man eine Erkenntnis aus Ausstellung und Buch ziehen, so ist es wohl die: Planung kann mehr als man glaubt, gesetzliche Rahmenbedingungen zum Bodenschutz sind wichtig, aber das beste Gesetz hilft nicht, wenn die Umsetzung mangelhaft ist. Obwohl die Situation in Österreich im Fokus steht, kann das Buch sicher auch von deutschen Leser*innen mit Gewinn gelesen werden. Auf der Webseite ist eine virtuelle Ausstellungsführung verfügbar.

Link: azw.at/de/termin/boden-fuer-alle

ANZEIGE



MOBILITÄT

Fahrrad-Boom und E-Tretroller-Verleihsysteme, Mobilität blinder und sehbehinderter Menschen, Lieferverkehr mit Mikrodepots und Logistik auf dem Land, von der kommunalen Mobilitätsstrategie bis zur Bundesebene: Der Schwerpunkt in AKP 3/21 ist eine runde Sache.

Weitere Themen:

- Rietberger Förderprogramm für Klimaschutz
- Digitalisierungsausschuss in Bielefeld
- Klärschlamm-Entsorgung: Ungeklärte Fragen
- Mein Recht als Ratsmitglied: Befangenheit
- Kommunalwahlen in Hessen

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

Neue(s) Leben

Seit über einem Jahr legen die Maßnahmen zum Schutz vor dem Corona-Virus das gesellschaftliche Leben lahm. Kunst und Kultur sind davon nicht ausgenommen. Im Gegenteil – Kunst und Kultur gelten als »nicht systemrelevant«. Theater, Kinos und Konzerthäuser mussten schließen, vor einem physischen Publikum kann schon lange kaum noch etwas dargeboten werden. Wie ergeht und ergeht es freischaffenden Künstler*innen in dieser Zeit? Ein Lagebericht.

MARLENE SEIBEL, REDAKTION LÜNEBURG

»Ich bin froh, wenn das Handy klingelt und ein Bestatter dran ist«, sagt Elmar Roetz (57), freischaffender Musiker aus Dömitz, mit hörbarem Zwiespalt in der Stimme. Er ist unter anderem als Organist auf Beerdigungen und Hochzeiten tätig, begleitet Gottesdienste auf der Orgel und hatte »vor Corona« die Leitung verschiedener Chöre in Mecklenburg und Niedersachsen inne. Seit der Pandemie sind fast alle seine Engagements weggefallen. »Am Anfang war es gar nicht so schlimm, weniger zu arbeiten«, sagt Roetz, »vor Corona war ich an meiner persönlichen Leistungsgrenze und da fühlte sich der Lockdown zuerst nach einer Möglichkeit zum Durchatmen an.« Inzwischen aber sei er »chronisch unterbeschäftigt«. »Die Zeit wird lang«, sagt er. Die musikalische Begleitung von Trauerfeiern ist für ihn in dieser Zeit eine der wenigen sinnvollen Tätigkeiten, die beruflich noch möglich sind.

Für Jazz-Pianist und Komponist Giotto Roussies (33) aus Köln birgt die aktuelle Zeit indes eine Chance, dem eigenen künstlerischen Weg näher zu kommen. »Ich habe gerade die Freiheit, genau das zu tun, was ich tun möchte«, sagt er. Seit letztem Jahr erhält er die Neustarthilfe vom Bund. Auch zwei Stipendien hat er bekommen. Das Geld ermöglicht ihm nun, Projekte zu realisieren, bei denen es nicht in erster Linie auf die Wirtschaftlichkeit ankommt: »Ich habe zum Beispiel ganz frei an der Zwölftonmusik forschen können«, sagt Roussies, etwas, das ihn schon lange gereizt habe. »Nun vertiefe ich mich in die Bereiche Musikproduktion und Gesang, mache kleine Filme und arbeite mich in neue Technologien ein.«

Vor der Pandemie verdiente Roussies sein Geld als Pianist in einer



▲ Zeit, neue Wege zu gehen: Giotto Roussies in seinem Video »Ist es so?«

Foto: Giotto Roussies

Pianobar am Kölner Flughafen, auch über die GEMA erzielte er Einnahmen. »Die Pianobar hat inzwischen geschlossen«, sagt er. Ob sie je wieder öffnen wird, weiß er nicht. Auch Elmar Roetz kann nicht sagen, ob alle seine Chöre die Pandemie überdauern. Einige Chöre zahlen Roetz weiterhin sein Honorar – obwohl keine Proben stattfinden können. »Doch irgendwann ist das Geld alle«, sagt Roetz. »Die Chöre finanzieren sich über Mitgliedsbeiträge – und es besteht die Gefahr, dass Mitglieder austreten, weil eben keine Proben möglich sind.«

Roetz hatte im ersten Lockdown ebenfalls staatliche Unterstützung beantragt, die sogenannte Frühjahrshilfe, die zur »Liquiditätspass-Überbrückung« für freischaffende Künstler*innen ins Leben gerufen wurde. Die Antragsstellung sei unbürokratisch gewesen, sagt Roetz. »Nach

zwei Wochen war das Geld da.« Vor Kurzem kam nun aber die Nachricht, dass Roetz die gewährte Summe gegebenenfalls zurückzahlen müsse. »Ich habe bei der Beantragung konservativ kalkuliert und auch nicht die mögliche Höchstsumme von 9.000 Euro beantragt. Doch rückblickend waren die Formulierungen im Antragsformular nicht so eindeutig.« Jetzt werde geprüft, ob er zu viel Geld erhalten habe, sagt Roetz. Die Rückzahlung zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine zusätzliche Belastung.

Giotto Roussies sagt, er sei derzeit »gut beschäftigt«: Für seine Stipendien muss er Berichte über seine Projekte abliefern, er setzt sich wöchentlich Ziele, was er schaffen möchte. Vieles hat er in den digitalen Raum verlagert: Er veröffentlicht seine Videos bei YouTube, streamt sein Klavierspiel auf Twitch und gab vor Kurzem sein erstes Livestream-Konzert – das Publi-

kum vor dem Bildschirm live dabei. »Das hat sich angefühlt wie ein richtiges Konzert«, sagt er.

Und ich? Ende 2019 war ich von Berlin in ein kleines Dorf bei Lüneburg gezogen und gerade dabei, meine Selbstständigkeit als bildende Künstlerin, Yogalehrerin und Heilerin auszubauen, als auch für mich alle Engagements wegbrachen und Ausstellungen bis auf weiteres verschoben wurden. Zuerst wehrte ich mich noch innerlich, stellte dann aber doch den Antrag auf Grundsicherung. Ein komisches Gefühl, hatte ich zuvor immer selbst für meinen Lebensunterhalt sorgen können. Auch mir gab die Grundsicherung – gepaart mit meinen Ersparnissen – allerdings die Möglichkeit, mich auszuprobieren.

Ich versuchte es mit Online-Yoga, was aber nur mäßig erfolgreich war und nur bedingt Spaß brachte. Der digitale und der analoge Raum sind

im Yoga eben nicht dasselbe. Ich übte mich in der Bildhauerei, stellte zweimal im Rahmen einer Schaufensterausstellung aus und organisierte mit meinem Partner im September eine Vernissage in unserem Haus. Und: Ich wurde schwanger. Anfang März wurde meine Tochter geboren. All das war nicht geplant – und vielleicht gerade deswegen umso bereichernder?

»Ich habe aufgehört, zu planen«, sagt Elmar Roetz mit Blick auf die aktuelle Situation. »Es ist eine Zeit, in der jede*r viel mehr auf sich selbst zurückgeworfen ist«, findet Giotto Roussies. Ich schaue in die Wiege neben mir und weiß: Nicht nur für meine Tochter hat ein neues Leben begonnen.

Links:

Giotto Roussies auf YouTube:
<https://bit.ly/27m9o6v>
www.marleneseibel.de

ANZEIGE

Die Klimaveränderungen werden von den Industrieländern verursacht. Aber die armen Länder tragen die Kosten. Es geht nicht nur um Klimaschutz. Es geht um Klimagerechtigkeit!

Klima
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

REZENSION

Sechs Tage im Herbst

Es ist ein Politrodrama zwischen Ideologie und Realpolitik: In seinem dritten Roman beschäftigt sich der im Bremer Umland lebende Autor Bernd Ohm mit dem Erbe der RAF.

UWE CIESLA, VERDEN

»Sechs Tage im Herbst« handelt von dem Familienvater Henning Kollwey, dessen ruhiges Vorstadtleben aus den Fugen gerät, als eines Abends auf ihn geschossen wird. Er überlebt unverletzt, die Ermittlungen verlaufen ergebnislos. Allerdings hegt Henning einen Verdacht, den er der Polizei verschweigt: Deutschlandweit kamen zuletzt alte Bekannte unter dubiosen Umständen ums Leben. Er kennt sie alle aus der Zeit, als er während eines lustlosen Soziologiestudiums in die RAF-Unterstützerszene geriet. Verfolgt von namenlosen Feinden, macht sich

Henning unter Lebensgefahr daran, ein Netzwerk aus Geheimdiensten, Terroristen und radikalen Politgruppen aufzudecken, das vor über 30 Jahren die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland für immer veränderte und bis heute zu existieren scheint.

Dabei trifft er auf Jenny, die Tochter eines ehemaligen Weggefährten, in deren Friedrichshainer Autonomen-WG er Unterschlupf findet. Dort erntet er Bewunderung für seine Beteiligung an den damaligen Kämpfen, die er selbst inzwischen mit kritischer Distanz betrachtet. Als er in einer Diskussion um die Palästina-Politik Israels antisemitische Denkmuster bei seinen Gastgeber*innen erkennt, gerät er in Streit mit ihnen und wird als »Freund des US-Imperialismus« beschimpft.

Eingewoben in die spannende Geschichte werden an Stellen wie

dieser Gewissensfragen verhandelt und reflektiert. Anhand der inneren Zerrissenheit seiner Hauptfigur zieht Autor Bernd Ohm Parallelen zwischen der Weltsicht der jungen Autonomen, den Verstrickungen der RAF mit der militanten Palästinenser-Bewegung bis in die Großelterngeneration, die mit durchaus auch idealistischen Motiven bereit war, für die nationalsozialistische Bewegung in den Kampf zu ziehen.

Intensive Recherche

In dem am 22. April erschienenen Roman, dem eine intensive Recherche des Autors zu Grunde liegt, wird der Linksterrorismus der Achtzigerjahre mit den Protestbewegungen der globalisierten Gegenwart konfrontiert. Die fiktive Erzählung greift sowohl biografische Motive des Autors

wie auch zeitgeschichtliche Fakten auf, angefangen bei neonazistischen Umtrieben in der Provinz rund um Bremen bis zu den vielen ungeklärten Fragen rund um die Geschichte der RAF. Dabei werden die Lebenslügen einer Generation verhandelt und alte und neue Überzeugungen geraten in Widerstreit.

Bernd Ohm: *Sechs Tage im Herbst*, Graft Verlag
Köln, 272 Seiten, Taschenbuch 13 Euro, E-Book 9,99 Euro

Autor Bernd Ohm wurde 1965 in Hoya, rund 40 Kilometer südöstlich von Bremen geboren, studierte Physik sowie Anglistik, Hispanistik und Geschichte. Später arbeitete er als Musiker, Drehbuchautor, Übersetzer, Übersetzungslektor und freiberuflicher Spezialist für Softwarelokalisierung. Nach Stationen in München, Augsburg und Berlin lebt er heute mit seiner Familie wieder in der Nähe von Hoya.

GESCHICHTE UND PERSPEKTIVEN DER FFF



David Fopp beschreibt Geschichte und Perspektiven der Fridays for Future-Bewegung (FFF) sowie der begleitenden Initiative von Wissenschaftler*innen unter dem Etikett »Scientists for Future«, die sich zur Unterstützung der Schüler- und Jugendbewegung FFF gegründet hat und deren Mitinitiator der Autor ist. Herausgekommen ist ein sehr anschaulich geschriebener und reich bebildeter Band, der in seinem ersten Teil mit dem Titel »Die Rebellion der Jugendlichen« die Geschichte von FFF, beginnend mit den Aktionen von Greta Thunberg auf dem Münzplatz in Stockholm 2018 über die globalen Streiks 2019 bis zu der Entwicklung neuer Aktionsformen im Internet 2020, bedingt durch die Corona-Krise, historisch nachzeichnet. Der zweite Teil des Buchs befasst sich unter dem Titel »Die Erwachsenen antworten« mit den Aktivitäten der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von FFF und darin besonders der Rolle der Scientists for Future. Der dritte Teil besteht aus einer kritischen Reflexion, die Fopp gemeinsam mit den Klimaaktivistinnen Isabelle Axelsson und Loukina Tille geführt hat. Hier wird erläutert, warum es der Klimabewegung geht und wie das Verhältnis von Jugendlichen und Erwachsenen im Rahmen einer gemeinsamen globalen Klimabewegung ausgestaltet sein könnte. Angereichert wird der Band durch eine Zeitleiste mit den wichtigsten Aktivitäten sowie einem Dokument zu den Grundprinzipien der Bewegung.

Auf Grundlage interner Kenntnisse kann nachvollzogen werden, wie diese neue globale Klimabewegung entstanden ist. Dabei spielen Wissenschaft und Forschung eine zentrale Rolle. Allerdings warnt David Fopp seine Kolleg*innen: »Wir Erwachsene können nicht für sie entscheiden, sie nicht einmal »beraten«, wie dies einige Wissenschaftler*innen nennen und zu meiner Sorge mehr und mehr vor allem in Deutschland auch praktizieren. Wir können nur auf ihre Fragen eingehen, die Forschungslage schildern...«. So weist der Autor den Wissenschaftler*innen ihre Rolle an der Seite von FFF zu. Andererseits werden die politisch Verantwortlichen durch FFF aufgefordert: »Listen to the Science«. Damit ist nicht nur die Klima- und Umweltwissenschaft gemeint, sondern auch Ökonomie, Sozialwissenschaft und Politik.

David Fopp gibt als Mitgründer der Scientists for Future und Ko-Organisator der globalen Week for Future nicht nur anschauliche Einblicke in die Entstehung und Entwicklung dieser Bewegungen, er stellt im Austausch mit den jugendlichen Streikenden auch Perspektiven und Handlungsfelder für eine gemeinsame Zukunft vor. Alles in allem ein sehr nützliches Buch, in dem man nicht nur über FFF und die Klimabewegung, sondern auch über den Klimawandel selbst und seine Dimensionen viel lernen kann.

Herbert Klemisch

David Fopp / Isabelle Axelsson / Loukina Tille: **Gemeinsam für die Zukunft - Fridays For Future und Scientists For Future - Vom Stockholmer Klimastreik zur weltweiten Klimabewegung**, transcript Verlag, Bielefeld 2021, 312 Seiten, 20 Euro

HOMOSEXUELLE IM DEUTSCHEN SÜDWESTEN



Zwischen 1948 und 1969 wurden in der Bundesrepublik geschätzt circa 50.000 Verfolgungen wegen § 175 StGB eingeleitet, davon alleine 22.000 in Baden-Württemberg. 2014 lebten in dem Bundesland (noch) 5.400 Männer, die nach diesem Paragraphen vorbestraft waren. Nicht nur diese bestürzende Tatsache war Anlass, die Jahrestagung des Verbandes Homosexualität und Geschichte e.V. 2019 in Stuttgart abzuhalten. Seit mehreren Jahren wird zudem in einem umfangreichen Forschungsprojekt die LSBTTIQ-Geschichte (Lesbisch, Schwul, Transgender, Transsexuell, Intersexuell, Queer) in Baden und Württemberg erforscht, mit dem zeitlichen Schwerpunkt des Nationalsozialismus und der frühen Bundesrepublik.

Ein Ergebnis der genannten Tagung ist nun die Ausgabe »Homosexuelle im deutschen Südwesen« von invertito, dem Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten. Diese historische Fachzeitschrift erscheint seit 1999 jährlich. Im Fokus der neuen Ausgabe steht die Repression gegen und die Verfolgung von Schwulen und Lesben im Nationalsozialismus und in den 1950er und 1960er Jahren. Die Wirtschaftswunderjahre sind von einer konservativen Logik dominiert, die die »normale Familie« als absolut und die Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus, wenn auch unter anderen Rahmenbedingungen, fortsetzt. In den Aufsätzen zeigt sich, dass die Quellenlage oft schwierig ist und aussagekräftige Dokumente vergleichsweise aufwendig gesucht werden müssen. Interessant ist, dass blinde Flecken, die es bislang auch in der Geschichtsschreibung zur Schwulenbewegung und auch zur schwulen Identität gibt, langsam aufgehellt werden. So gibt es auch vor der Revolte 1968 schon homosexuelle Aktivist*innen, die sich zum einen privat treffen, und so ihre Identität stärken, aber auch hinter den Kulissen ausdauernd auf eine Liberalisierung des Sexualstrafrechts hinwirken. 1969 erscheint zum Beispiel im Katzmann Verlag in Tübingen mit »Das Schicksal der Verfolgten: Die Verfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft« (verfasst von Harry Wilde) das erste Buch zur Verfolgung im Nationalsozialismus.

Die Texte zeigen vor allem die Repression gegen Schwule und Lesben, in einem wird aber auch eindrücklich deutlich, wie sich Schwule schrittweise und vorsichtig zu einem kollektiven Akteur formieren und dann auch für ihre eigene Anerkennung kämpfen. Neben den Hauptbeiträgen enthält jede Ausgabe einen ausführlichen Teil mit Rezensionen zum Teil internationaler Publikationen zum Thema (Geschichte der) Homosexualität. Der § 175 wurde 1969 reformiert und dann vier Jahre später nochmals entschärft. Die BRD hatte zwei Jahrzehnte lang an den Fassungen der §§ 175 und 175a aus der Zeit des Nationalsozialismus festgehalten. Ganz gestrichen wurde er dann erst 1994.

Bernd Hüttner

Invertito: **Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten; Band 22, Männerschwarm Verlag, Berlin 2020, 186 Seiten, 19 Euro**
Link: <https://www.lsbttiq-bw.de>

CORONA, WISSENSCHAFT UND POLITIK



Das Forscherpaar Quaas, gelernte Ökonomen und Statistiker, beobachtet aus dem Ruhestand die Entwicklung der Corona-Pandemie. Ihre Profession bestimmt den Zugang zum Thema. Wichtig für das Verständnis der Entwicklung der Pandemie ist der Zeitpunkt der Erstellung und Veröffentlichung. So wurde den Autor*innen prognostiziert, dass das Thema im Herbst 2020, dem geplanten Erscheinungstermin, keinen Menschen mehr interessieren würde. Der vorgelegte Band wurde Ende 2020 abgeschlossen, Anfang 2021 veröffentlicht und die Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie läuft immer noch auf Hochtouren.

Die zentrale Fragestellung, der die beiden Verfasser*innen nachgehen, ist, wie die Wissenschaft ihrer Verantwortung bei der Beratung der Politik gerecht werden kann. In Deutschland kommt dabei dem Robert-Koch-Institut (RKI) die Rolle des wichtigsten Politikberaters zu. Es veröffentlicht Dossiers und Kennziffern über die Pandemie sowie täglich regional differenzierte Zahlen über ihren Verlauf. Damit ist es nicht nur das maßgebliche Institut für die Gesundheitspolitik, sondern auch der Datenproduzent für die »Fachöffentlichkeit«.

Kern des Buchs ist der Nachweis, dass die Reproduktionszahl R, die einen Kernindikator für den Verlauf einer Pandemie und deren politische Steuerung darstellt, vom RKI nicht wissenschaftlich korrekt abgebildet wurde. Die Autor*innen versuchten erfolglos, eine breitere wissenschaftliche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, wie die Reproduktionszahl als eine der Schlüsselgrößen für das Geschehen wissenschaftlich korrekt zu berechnen ist. Auffällig sei der Widerspruch zwischen dem Anspruch, eine Kennziffer zu haben, die der Politik zeitnah präzise Auskunft über die sich schnell wandelnde Situation gibt und der zu beobachtenden Lässigkeit im Umgang mit der maßgeblichen Theorie und Methodik ihrer Ermittlung. Dies gehe einher mit einem Bedeutungsverlust des R-Wertes zugunsten des wöchentlichen Inzidenzwertes. Die Autoren reflektieren über gesellschafts- und wissenschaftspolitische Aspekte der Corona-Krise. Sie stoßen auf eine Mischung aus Laienkenntnis, Verschwörungstheorien, sich widersprechenden Expertisen sowie den Bürger*innen vorenthaltene Fakten. Der Idealfall von Wissenschaft, in der stichhaltige Argumente ausgetauscht werden, unterliege macht- und interessenpolitischen Konstellationen. Dies führe letztlich zu einem selbst verschuldeten Prestigeverlust der Wissenschaft und einem Vertrauensverlust in die Politik.

Trotz einer Reihe wissenschaftlicher und für den Laien schwer nachvollziehbarer Berechnungen legt das Buch in wohlthuend kritischer Auseinandersetzung die Finger in die Wunden der wissenschaftlichen Politikbegleitung.

Herbert Klemisch

Friedrun Quaas / Georg Quaas, **Corona - der unsichtbare Feind - Wie Wissenschaft und Gesellschaft reagieren**, Metropolis Verlag, Marburg 2021, 282 Seiten, 24,80 Euro

SOZIALE UNGLEICHHEIT UND EMANZIPATORISCHE BILDUNG



Die 15 Beiträge dieses lesenswerten Buches kreisen um das Verhältnis von Bildung zu sozialer Ungleichheit. Dabei wird von der letztlich sozialdemokratischen Grundthese ausgegangen, soziale Ungleichheit vertrage sich nicht mit der Vorstellung, dass Demokratie auf politischer Gleichheit beruhe, ja stehe sogar im Widerspruch dazu. Der Gedanke, dass Armut und Abwertung durchaus gewollt ist, und auch zur Disziplinierung aller anderen dient, wird in dem Buch nicht deutlich genug ausgesprochen.

In vielen der Artikel wird die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen angesprochen und kritisiert, ebenso die soziale Vererbung von Bildung eindrücklich nachgewiesen. Diese resultiert zu einem aus der Selektion bei den Bildungsübergängen (meist schon im Alter von zehn Jahren) und noch mehr aus der auf Kinder aus der Mittel- und Oberschicht ausgerichteten kulturellen Grammatik des Unterrichts und des gesamten »Systems Schule« (und später auch der Hochschulen).

Gleichzeitig wird im Buch – sozusagen als Kontrast – für verschiedene Bildungszweige (gewerkschaftliche Bildung, berufliche und Erwachsenenbildung, Hochschulen etc.) und Schule allgemein die aktuelle Situation dargestellt, teilweise mit statistischen Daten und Tabellen unterfüttert. Die AutorInnen diskutieren, inwiefern »Bildung« zum Abbau von sozialer Ungleichheit einerseits beitragen kann und wie der Selektivität des Bildungssystems andererseits begegnet werden könnte. Bildung wird dabei nicht auf »Employability«, also die Aus- und Zurechtung auf den kapitalistischen Arbeitsmarkt, reduziert, sondern solle Orientierungswissen erzeugen und so Kritik- und Urteilsfähigkeit stärken. Artikel zu Scham und Klassismus, wie auch zu Bildung, Rassismus und Geschlecht vertiefen wichtige Aspekte des Themenfeldes.

Der Widerspruch, dass Bildung zum einen ein Gegenmittel gegen soziale Ungleichheit und Ausschlüsse sein kann, aber ebenso bewiesen ist, dass Bildung soziale Ungleichheit strukturell oftmals verstärkt, wird gestreift, aber nicht wirklich aufgelöst.

Das Buch ist in einer wissenschaftlichen pädagogisch-soziologischen Sprache geschrieben. Sein Gegenstand ist zwar Österreich, seine Inhalte dürften aber auf Deutschland übertragbar sein. Die Leser*in findet durch die Lektüre eher wenig über, wie der Titel vermuten lassen könnte, emanzipatorische Bildung bzw. deren Methoden.

Stattdessen wird klar, und es wird auch so ausgesprochen, dass es in diesem Politikfeld nicht (nur) um individuelle Chancengleichheit gehen kann, sondern es um grundlegende Umverteilung gehen muss, und damit für eine viel weitergehende und grundlegende gedachte Verteilungsgerechtigkeit gestritten werden muss. Bildung ist ein sehr wichtiger, aber eben nicht ausreichender Beitrag zur Emanzipation.

Bernd Hüttner

Günther Sandner, Boris Ginner (Hg.): **Emanzipatorische Bildung. Wege aus der sozialen Ungleichheit**, mandelbaum Verlag, Wien 2021, 200 Seiten, 18 Euro

»PACO« HEISST FRIEDEN



Ein schmales Heft voll weitgehend unbekannter Informationen hat Wolfram Beyer zum 100. Gründungstag der »War Resisters' International« (WRI) herausgegeben. 100 Jahre Widerstand gegen den Krieg, und doch leben wir weiterhin inmitten von Kriegen, und es werden nicht weniger, eher mehr. Daher ist es dringlich, sich mit historischen Wurzeln und aktuellen Schwerpunkten dieser Bewegung auseinanderzusetzen. Dazu sind insbesondere auch die Literaturhinweise nützlich.

1921 in den Niederlanden unter dem Esperanto-Wort für Frieden »Paco« gegründet, ist die WRI-Erklärung bis heute gültig: »Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Deshalb sind wir entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und die Beseitigung aller Kriegsursachen anzustreben.« 90 Organisationen in 48 Ländern haben sich dem internationalen Netzwerk angeschlossen. Sie alle haben es sich zur Aufgabe gemacht, gewaltfreie Aktionen gegen Kriegsursachen zu propagieren und Menschen auf der ganzen Welt zu unterstützen und zusammenzubringen, die sich der Beteiligung an Krieg oder der Vorbereitung von Krieg verweigern. Sie sehen Frieden nicht nur als Abwesenheit von Krieg, sondern betrachten grundlegende Gesellschaftsveränderungen als Voraussetzung dafür.

Sechs »alte Häs*innen« der Friedensbewegung haben kurze, aber inhaltsreiche Aufsätze zu Jubiläumsbrochure beigetragen – neben Herausgeber Beyer die Politologen Wolfgang Hertle, Gernot Jochheim und Gernot Lennert, der Historiker Christian Scharnefsky und die Ethnologin Christine Schweitzer.

Dass die Nazis die WRI-Gruppen überall, wo sie die Herrschaft eroberten, zerschlugen, überrascht nicht. Allerdings mussten Totalverweigerer aus Gewissensgründen auch in England während der Weltkriege Haftstrafen absitzen. »Die sich nicht Unterwerfenden« (= insumisos) im Nach-Franco-Spanien füllten bewussten die Kasernen und Militärgefängnisse mit Gefangenen, um das Funktionieren des Militärs wirksam zu stören. Anfang und Mitte der 1990er Jahre waren jeweils gleichzeitig Hunderte insumisos inhaftiert. Und heute? Im Internet finden sich Namen und Gefängnisadressen von Menschen, die wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Friedensengagements inhaftiert sind. Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße zu senden. Selbst wenn diese ihre Adressaten nicht erreichen sollten, zeigen sie, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich günstig auf ihre Haftbedingungen auswirken kann.

»Krieg und Militarismus zu bekämpfen bedeutet, alternative, gewaltfreie Wege der Konfliktbewältigung zu fördern«, schreibt die ehemalige WRI-Vorsitzende Christine Schweitzer und bittet um Spenden für den Förderverein WRI e.V. (Konto: IBAN DE41 5205 0353 0011 7876 13, Kasseler Sparkasse).

Ariane Dettloff

Wolfram Beyer (Hg.): **100 Jahre War Resisters' International. Widerstand gegen den Krieg. Beiträge zur Geschichte des gewaltfreien Antimilitarismus und Pazifismus (= IDK-Texte zur Gewaltfreiheit Nr.9)**, IDK-Verlag Berlin 2021, 56 Seiten, 5,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

WORKSHOPREIHE

Tipping Points

9. bis 13. Juni
(online und dezentral)

Es erwarten euch fünf spannende Tage voller Workshops zu Methoden und Skills für die aktivistische Arbeit, ein inspirierendes Rahmenprogramm und corona-kompatible Vernetzungsmöglichkeiten, auch über die Veranstaltung hinaus. Auf der Liste der geplanten Workshops stehen: Aktionsplanung und -training, digitale Sicherheit, Rechtshilfe und Versammlungsrecht, Kampagnenstrategien, Strategieentwicklung, Nachhaltiger Aktivismus, Finanzen verwalten, Argumentationstraining, Trauma und Care-Arbeit im Aktionskontext, Kritische Männlichkeit, Street Art, Theater als Aktionsform - und vieles mehr. Insgesamt werden in diesem Zeitraum ca. 20 Workshops angeboten, unter Einhaltung unserer strengen Coronamaßnahmen. Außerdem erwarten euch verschiedene Vernetzungsmöglichkeiten sowohl online als auch physisch: eine mitreißende Lesung, ein Abend voller Poetry-Slams und ein anschließendes »Tanzen gegen die politische Kälte«.

Info: <https://bit.ly/3yysGZR>

SOMMERSCHULE

Kritische Wohnungsforschung

8. bis 10. Juli
(Frankfurt)

Ausgangspunkt und Motivation für die Veranstaltung bildet die Beobachtung, dass es eine umfangreiche kritische Wissensproduktion inner- und außerhalb von Universitäten gibt, die sich

intensiv mit der finanzierten Wohnungswirtschaft und der Neoliberalisierung der Wohnraumversorgung beschäftigt. Ebenso zeigen die aktuellen Debatten zur Rekommunalisierung und Vergesellschaftung, dass zahlreiche Aktivist*innen und Praktiker*innen konkrete Konzepte entwickelt haben, wie eine marktferne und nicht renditeorientierte Wohnraumversorgung organisiert, gestärkt und mit Fragen der demokratischen Steuerung verbunden werden könnte. Konkret soll dazu das Wissen aus kritischer Wohnungsforschung und anwendungsbezogener Praxis in einen konstruktiven Dialog gebracht und in Form von Vorträgen, Diskussionsrunden, Workshops und ggf. Exkursionen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden.

Ort:
Goethe-Universität,
60629 Frankfurt am Main
Info: <https://bit.ly/3oLDHFX>

KONZERT

»Gegen das Vergessen«

16. Juli, 12 Uhr
(Chemnitz)

Bertolt Brecht schrieb einmal: »Das Gedächtnis der Menschheit für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.« Mit diesem Festival soll dieses Gedächtnis geschult werden. Es soll an den Sommer 2018 erinnern, in welchem Menschen durch Chemnitz gejagt wurden, es soll an die Zeit des Nationalsozialismus erinnern, in welcher z.B. Menschen in Chemnitz wie Sklav*innen arbeiten mussten und Nachbar*innen verschwand, weil sie anders waren oder anders glaubten. Es will an Chem-

nitz erinnern als Ausgangspunkt des NSU. Mit Konzerten, Vorträgen und künstlerischen Beiträgen wollen wir dem Vergessen von alltäglichem Rassismus und Ungleichbehandlung ein deutliches Zeichen entgegenstellen.

Ort:
Park der Opfer des Faschismus,
09111 Chemnitz
Info: <https://bit.ly/3eT1Yjj>

SUMMER UNIVERSITY

Green.Building.Solutions (GBS)

17. Juli bis 8. August (online)

Bei der GBS Summer University teilen Top-Expert*innen ihr Wissen über Nachhaltige Gebäude, Passivhäuser und Erneuerbare Energie mit einem wachsenden, internationalen Publikum aus Student*innen und Professionist*innen. Das BMK unterstützt die Sommer-Universität.

Info: <https://summer-university.net/gbs-vienna/>

BILDUNGSREISE

»Smrt fašizmu, svoboda narodu!«

13. bis 17. September
(Klagenfurt, Ljubljana)

Wanderung auf den Spuren der Partisan*innen im österreichisch-slowenischen Grenzgebiet. In der NS-Zeit war Kärnten die einzige Region innerhalb der Grenzen des sogenannten »Deutschen Reiches«, in der das NS-Regime mit massivem militärischem Widerstand konfrontiert war. Etwa 500 Österreicher*innen, die meisten von ihnen Angehörige der slowenischsprachigen Minderheit, kämpften in den Tälern des

Karawanken-Gebirges in Partisan*inneneinheiten der »Osvobodilna Fronta/Befreiungsfront« (OF). Dieser antifaschistische Widerstand wurde dabei von einem beträchtlichen Teil der lokalen Bevölkerung unterstützt, die als Kärntner Slowen*innen/Koroški Slovenci selber von Zwangsumsiedlungen und Deportationen betroffen waren. So wurde Kärnten/Koroška im Sommer 1944 zum »Bandenkampfgebiet« erklärt und Spezialeinheiten der SS zur sogenannten »Partisan*innenbekämpfung« dorthin versetzt.

Info: <https://bit.ly/3fslrWh>

COMMONS

Stärkung der lokalen Ökonomie

24. bis 28. September
(Waldkappel)

Gemeinsam gehen wir der Frage nach, wie wir die lokalen, ökonomischen Strukturen in unseren Regionen stärker auf das Gemeinwohl und die Prinzipien des Commoning ausrichten können. Die Methoden »Muster des Commoning« und »Ecoloc-Methode« bieten wichtige Schlüsselemente, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu beleben, Menschen miteinander zu verbinden, eine geteilte Sprache für das Erlebte und Geplante zu finden und in ein gemeinsames Tun vor Ort und darüber hinaus zu kommen. Im Nachgang wird es ein Online-Treffen geben, um die Anwendung unserer Erkenntnisse in der Region weiter zu besprechen und in Arbeitsgruppen voranzutreiben.

Ort:
Fuchsmühle,
37284 Waldkappel
Info: www.fuchsmuehle.org

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrast.org
Verein: vorstand@contrast.org
Redaktion: redaktion@contrast.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumpke

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)

REDAKTION WÜRZBURG:
Ulrike Kumpke

REDAKTION ZÜRICH:
Ulrike Kumpke

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
✉ marlene@marlenseibel.de
REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
✉ kontakt@finkenburger.info
REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contrast.org

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contrast.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contrast.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contrast.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contrast.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop@eG
<https://netz.coop>
✉ webmaster@contrast.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contrast.org](https://twitter.com/contrast.org)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contrast-liste>

ANZEIGEN

Wer hat Angst vor wem?

DIE TAGESZEITUNG **junge Welt**

Deutungskampf
Macht und Widerstand mit den Zeichen und Bildern der Gegenwart in den Statuenangehörigen der Bewegung. Die Bilder der Welt sind nicht nur gesehen, sondern auch gelesen.

Osten trumpf! auf
Terrorzelle ausgehoben
Kinnare versteckt
Papierliger entblättert

Drei Wochen gratis.
Für alle, die es wissen wollen.

Abo endet automatisch.
jungewelt.de/probeabo
oder 0 30/53 63 55 84

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

GRÜNE LIGA Netzwerk ökologischer Bewegungen

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene. Tipps, Termine & Adressen

Ossietsyky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietsyky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialtats zu dulden.

Carl von Ossietzky in Die Weltbühne, 17. Dezember 1929
Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

jetzt abonnieren ab Heft 1/2021
www.ossietzky.net
Ossietsyky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

seit 1905 Die Schaubühne Die Weltbühne seit 1918

SoZ Sozialistische Zeitung

Jetzt Probeexemplar bestellen oder gleich Abo abschließen

Demnächst in neuem Gewand und neuen Rubriken, aber weiter mit den festen Größen

- Ökologie
- Kapital & Arbeit
- Internationales

Unter dem Motto Revolution für die SoZ - SoZ für die Revolution haben wir uns neu aufgestellt, um mit unserer Monatszeitung für den Widerstand nützlich zu sein. Werde Teil davon.

kampagne@soz-verlag.de | www.sozone.de

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

SOLIDARISCH KRITISCH UNABHÄNGIG

JAHRESABO für €47,50
PROBEABO für €10,00

JETZT BESTELLEN: Lateinamerikanachrichten.de

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für Ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schicken eure Anzeigentexte an:

koordination@contrast.org